

Kostenlos!

Ausgabe 31

Winter 2004

tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität

PUTZER ZUM SPAR- TARIF

Noch billiger - noch geiler

Sozialhilfeempfänger müssen nicht teuer sein.

Leichte Arbeit an frischer Luft

Bestens geeignet auch für Facharbeiter,
Angestellte und Akademiker

Das haut rein.

Früher mind. 30 Euro/ Stunde

1,-

NICHT ZU TOPPEN Für Arbeitslose ist seit 1997 der „Berufsschutz“ oder „Qualifizierungsschutz“ aufgehoben. Jeder Job muss angenommen werden. Egal was Sie vorher gemacht oder gelernt haben. Zum Beispiel auch Reinigungsarbeiten im Freien. Zu dieser „gemeinnützigen“ Arbeit konnten auch bisher schon Sozialhilfeempfänger verdonnert werden. Für die Stadt ist das doppelt geil: Für nur einen Euro pro Stunde putzen wir die öffentlichen Grünflächen sauber. Und die Arbeitnehmer bei Reinigungsdiensten verlieren auch bald ihren Job.

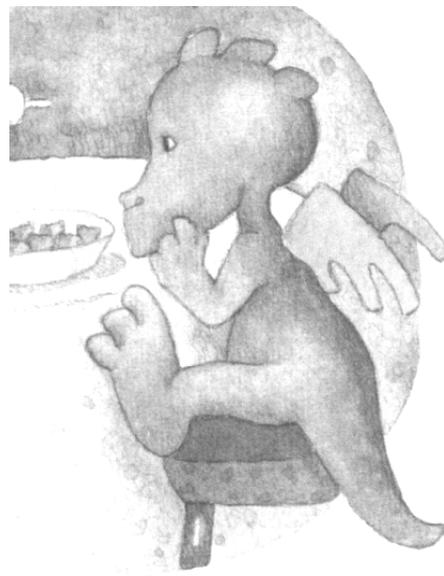


GEIZ IST GEIZ!

Was gibt's Neues?



- 3 Bauverein gegen Straßenplanungen
- 4 Chefsache I-Euro-Jobs
- 5 Diskriminierung: ok, Zivilcourage: Selberschuld
- 6 Georg Friedrich Herwegh
- 7 Bückerpark Münstern
- 8 Wörlweitwepp
- 9 Jugend ins Bett, Politiker dürfen weiter trinken!
- 10 EU-Verfassung für Militärmacht Europa
- 11 Hexenblatt: Putzen bis der Arzt kommt
- 12 Brigitte Reimann
- 13 Bleiberecht statt Abschiebung
- 14 Iran: Erdbebenopfer-Hilfe
- 15 Kid's Site
- 16 Ein deutsches Trauerspiel - Widerstand gegen Nazis
- 17 Gedanken zu Weltwirtschaftsforum
- 18 AKTMisten-Wahlbündnis



Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3000

Kontakt und Zuschriften: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen, Fax: 0212 / 1 71 98, tachelesSG@wtal.de www.tacheles-solingen.de

Druck: Ordensgemeinschaft-Beschäftigungshilfe Düsseldorf, Römerstr. 9, 40476 Düsseldorf, ☎ 0211 / 44939870

ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche c/o Cafe Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen

Bankverbindung: SEB, BLZ 330 101 11, Kontoinhaberin: Pauline Ehl, Konto-Nr.: 297 349 6300



Straßenplanungen bedrohen zwei Siedlungen des Spar- und Bauvereins Bauverein widersprach der Neufassung des Flächennutzungsplanes

Die Spar- und Bauverein Solingen eG (SBV), mit 14.619 Mitgliedern und 7391 Wohnungen nach wie vor die größte Wohnungsgenossenschaft Solingens (und auch des Rheinlandes), erhob Einspruch gegen die Neufassung des Flächennutzungsplans (FNP), der die Flächennutzung in Solingen bis zum Jahr 2015 festlegt. Nach

kennbar, wie die hierdurch verursachten Konfliktpotentiale auch nur annähernd bewältigt werden können.

Die Verwaltung nahm am 7.3.2003 für die Stadt schriftlich Stellung dazu. Zur geplanten Viehbachtalstraße in Ohligs/Aufderhöhe heißt es:

„Die Darstellung der bahnparallelen Fort-

nahme der Stadt klingt dies am 31.10.2003 schon ganz anders:

„Bei der allgemeinen Verkehrsentwicklung ist auch davon auszugehen, dass die Leistungsfähigkeit der Bonner Straße nicht auf Dauer gewährleistet ist. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit der Trasse Ober der Mühle bis Landwehr, bei der es sich demnach nicht um eine Reserve- bzw. Alternativplanung handelt.“

Die Halbwertzeit der Begründungen unsinniger Straßenbauten ist eben nicht sehr hoch in Solingen. Hoch ist aber die Halbwertzeit von unsinnigen Straßenplanungen selbst, deren Planungsursprung in den dreißiger Jahren liegt. Und so beschloss der Rat am 18.12.2003 mit CDU, SPD, FDP, und BfS gegen die Stimmen von Bündnis



Die geplante Westtangente würde mitten durch die Bauvereinssiedlung Weyersberg geschlagen

den Planungen für die vierspurige Schnellstraße Westtangente Solingen würde die Wohnsiedlung Weyersberg von der Straße und bis zu 9,50 Meter hohen Lärmschutzwänden in der Mitte zerschnitten. Unter den ca. 120 vom Abriss bedrohten Wohnungen sind auch mindestens 4 Mehrfamilienhäuser des Bauvereins. Die geplante Viehbachtalstraße in Ohligs/Aufderhöhe mindert nicht nur die Attraktivität wichtiger Naherholungsgebiete am Borkhauser Bachtal, an der Höher Heide und bei Rupelrath (mit der historischen St.-Reinoldi-Kapelle), sondern auch die von Wohngebieten wie der großen im Bestehen begriffenen Wohnsiedlung Borkhauser Feld. Zur öffentlichen Auslegung des Flächennutzungsplanentwurfes schrieb der SBV am 23.9.2002:

„Weiterhin möchten wir anregen, die beabsichtigten klassifizierten geplanten Straßen – Verlängerung der Viehbachtalstraße entlang der Bahntrasse Solingen-Ohligs / Köln und die sog. Westtangente im Bereich unserer Siedlung Weyersberger-/August-Dicke-Straße – zu entfernen.

Von beiden Straßenplanungen sind unsere Wohnsiedlungen (Borkhauser Feld bzw. Weyersberg) erheblich betroffen bzw. beeinträchtigt. (...) Weder nach den Darstellungen im Flächennutzungsplan noch nach den Ausführungen im Erläuterungsbericht wird er-

führung der Viehbachtalstraße erfolgt zur planerischen Absicherung dieser Trasse. Für die Fortführung der Viehbachtalstraße entlang der Bahntrasse gilt, dass zunächst die Anbindung an die BAB 3, von Landwehr zum Autobahnkreuz Langenfeld vorgenommen werden soll. [das meint die geplante B229n] Zeitgleich findet die Ertüchtigung der Bonner Straße statt. Erst wenn sich zeigen sollte, dass die Leistungsfähigkeit der ertüchtigten Bonner Straße nicht ausreicht, wird die Planung an der bahnparallelen Trasse (Fortführung Viehbachtalstraße von Ober der Mühle bis Landwehr) wieder aufgenommen.

Bei der erneuten öffentlichen Auslegung des FNP-Entwurfs auf seiner Ablehnung der beiden Straßenbauten. Bezüglich der Viehbachtalstraße zieht der SBV am 15.7.2003 aus der Stellungnahme der Verwaltung den Schluss:

„Insofern muß die Trassenplanung, zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt, als Reserve- bzw. als Alternativplanung gewertet werden. Dieses widerspricht jedoch den Anforderungen, die an die Bauleitplanung und insbesondere an die vorbereitende Bauleitplanung zu stellen sind“ (...)

Da der Bauverein diese Sicht der Dinge sogar mit Hinweisen auf Gesetzes-Kommentierungen belegte, strickte die Verwaltung ihre Argumentation flugs um: In der Stellung-

90/ Die Grünen - offene Liste den neuen Flächennutzungsplan.

Dietmar Gaida

Nahost - weit weg?

Eine interne Debatte der "Stiftung W" über:

Antisemitismus
Militarisierung
Palästinensische Selbstmordattentäter
Israelische Besatzungspolitik
Kollektividentität
Anti - Deutsche
und weitere
fragwürdige Identifikationen

Der Reader kann gegen 1,50 Euro bei der Stiftung W bestellt werden.

Stiftung W.
Postfach 13 06 55
42033 Wuppertal
Tel: 0202 / 265 58 52
mail@stiftung-w.de
www.stiftung-w.de

stiftung **W**

Chefsache 1-Euro-Jobs

Solingens Oberbürgermeister Franz Haug äußert sich in regelmäßigen Abständen immer mal wieder zum Thema Sozialhilfe. Und dann fällt auch immer wieder der Spruch: "Ohne Arbeit keine Sozialhilfe!" Offenbar hat ihn noch niemand darüber aufgeklärt, dass die absolute Mehrzahl der Hilfeempfänger Kinder, Rentner, Alleinstehende mit kleinen Kindern und Kranke sind. Von den etwa 6700 Sozialhilfeempfänger/-innen in 2002 waren nur ungefähr 850 potentiell arbeitsfähig. Ende Oktober hatte der OB eine "neue" Idee: die Einführung von 1-Euro-Jobs, zwingend für jeden potentiell arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger.

Dafür sollten zunächst 150 sogenannte GZA (gemeinnützige und zusätzliche Arbeit)-Stellen eingerichtet werden. Diese Idee war jedoch nicht gerade neu: Bereits im Jahr 2000 gab es in Solingen 109 dieser 2-Marks-Jobs im Rahmen der GZA, dann stieg die Zahl auf 170 um Ende 2002 auf 60 Stellen abzustürzen. Das jetzt wieder aus der Mottenkiste geholt Modell hat sich also in der Praxis nicht bewährt, obwohl u.a. für die Umsetzung der Optimierung der Beschäftigungsförderung fünf neue Stellen eingerichtet wurden und der Oberbürgermeister selbst die "Koordinierungsrunde Beschäftigungsförderung/ Beschäftigungssicherung" leitete, wobei er sich damals

noch verstärkt "um deutlich mehr Angebote zur Betreuung von Kindern" kümmern wollte, um MaßnahmeteilnehmerInnen von ihrem "Vermittlungshemmnis Kinderbetreuung" zu befreien (Sachstandsbericht der Beschäftigungsförderung 2001).

Heute ist von solchen sinnvollen Hilfen wie der Kinderbetreuung beim OB-Vorschlag nicht mehr die Rede. Statt Fördern und Fordern setzt die CDU einseitig nur noch auf Sparen durch Abschreckung. Der OB hatte Ende 2000 mit seiner Forderung "Ohne Arbeit keine Sozialhilfe" diese Form der "Beschäftigungsförderung" zur Chefsache erklärt (ST 6.11.2000). Anstatt "die selbe alte Platte immer wieder neu aufzulegen" sollte er erst mal erklären, warum unter seiner Leitung die Arbeitsverhältnisse in gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit für zwei DM oder jetzt einen Euro von 170 auf 60 gesunken sind, bevor er ein bereits gescheitertes Modell wieder propagiert.

Der Sachstandsbericht der Solinger Beschäftigungsförderung von 2001 setzt sich etwas differenzierter mit der Problematik auseinander und kommt zu dem Schluss, dass GZA nur sinnvoll ist als Vorschaltmaßnahme für weitere Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarkt, also ASS (Arbeit statt Sozialhilfe) oder ABM (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen). Beide sind jedoch in den letzten Jahren dra-

stisch zusammengekürzt worden.

Wenn jemand Sozialhilfe bezieht, dann ist in der Regel vorher alles weggebrochen, was ihn sonst gehalten hat. In vielen Fällen liegen sogenannte Hemmnisse zur Arbeitsaufnahme vor (Sucht, Krankheit oder aber auch Kinderbetreuungsprobleme). Diese Menschen brauchen Hilfe und vor allem Zeit. Es dauert lange und bedarf der intensiven Unterstützung, sie wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. GZA mag als Vorstufe zu weiteren Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes manchmal erfolgreich gewesen sein, eine direkte Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt hat jedoch praktisch nicht stattgefunden. Wenn GZA unter Androhung der Sozialhilfekürzung zum alleinigen Instrument kommunaler Arbeitsmarktpolitik wird, wird der Grundsatz "Hilfe zur Arbeit" umgekehrt in "Arbeit für Hilfe". Außerdem konterkariert es die Forderung, feste Arbeitsplätze zu schaffen, wenn die Kommune ihre Arbeiten durch 1-Euro-Jobs erledigen lässt. Die angebotenen Arbeiten sind in der Regel auch deshalb mehr Beschäftigungstherapie als Qualifizierung, weil – würden hier notwendige und nützliche Tätigkeiten verrichtet, die privaten Handwerker und andere Betriebe protestieren würden.

Anfang Januar musste dann der Leiter der Beschäftigungsförderung gegenüber der Morgenpost (7.1.04) auch eingestehen: "Es macht keinen Sinn einer Hochschwangeren einen Bürojob zu vermitteln". Martin Hückeler räumte ein, dass "möglicherweise durch Franz Haugs Ankündigungen falsche Erwartungen geweckt wurden – auf beiden Seiten". Von den durch Haug angekündigten 150 Stellen wurden zwar ganz schnell 110 geschaffen, aber nur 20 besetzt. Das Sozialamt hätte 60 Frauen und Männer für die Ein-Euro-Jobs geschickt. 40 davon hätten sich um die Jobs bemüht und nur 20 von ihnen wären dazu geeignet gewesen. Bis zu vier Monaten muss jemand, der Sozialhilfe beantragt auf einen Termin bei der Beschäftigungsförderung warten. Laut Franz Haugs ersten Vorstoß vor zwei Jahren sollte das spätestens in drei Tagen erledigt werden. Wer dies nicht schaffte oder wollte, dem wollte er die Sozialhilfe um zunächst 25 Prozent kürzen lassen. In dieser Angelegenheit ist der OB schon dreimal wie ein Tiger los gesprungen und als Bettvorleger gelandet. Er wird es bestimmt weiter versuchen, denn auf Sozialhilfeempfängern herum zuhacken, sie mit Zwangsmaßnahmen vorzuführen, kommt an den Stammtischen nicht schlecht an. In anderen Städten, wie in unserer Nachbarstadt Wuppertal zum Beispiel, gibt es intelligentere Programme, die u. a. deshalb funktionieren, weil sie auf Freiwilligkeit und Überzeugung basieren.

Frank Knoche

Verwaltungsgericht verurteilt Sozialamt zur Übernahme von Zuzahlung und Praxisgebühr

Das Verwaltungsgericht Braunschweig hat das Sozialamt der Stadt Braunschweig zur Übernahme von Rezeptgebühren und Praxisgebühren verurteilt. Es folgt damit dem Antrag eines drogenabhängigen Sozialhilfeempfängers. Dieser konnte den Eigenanteil der Kosten für eine Entzugstherapie nicht aus seiner Sozialhilfe erbringen (AZ.: 4 B 64/04).

Der Gesetzgeber hatte im Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) die Zuzahlungen und Praxisgebühren auch noch zu den Dingen addiert, die ein Sozialhilfeempfänger aus den Regelsätzen zu begleichen hat.

Das Verwaltungsgericht widersprach am 14. Januar 2004 dieser Logik. Eine zusätzliche Belastung sei dem Antragsteller nicht zuzumuten, da sein Regelsatz zu knapp bemessen sei.

Dabei sei „gegenwärtig jedoch nicht geklärt“ ob es Sinn des Gesetzgebers war, aus

dem Regelsatz auch noch diese Eigenanteile zu tragen. Vielmehr hätten die Bundesländer bei der Festsetzung der Regelsätze zum 01.07.2004 dies durch eine entsprechende Regelsatzerhöhung zu quittieren.

Das Gericht hat in der Entscheidung die Zahlungsverpflichtung der Stadt Braunschweig bis zum 30.06.2004 festgeschrieben. Demzufolge müssten die neuen Regelsätze zum 01.07.2004 kommen.

Für die Betroffenen heißt das jetzt: Zuzahlungen zu Praxisgebühren und Medikamenten, Eigenanteile bei Behandlungen und Krankenhaus, Hörgerätebatterien und Kosten für Brillen und natürlich Fahrtkosten zu beantragen und möglichst eine gerichtliche Klärung zu suchen.

Entnommen aus: www.tacheles-sozialhilfe.de von Tacheles e.V. (Wuppertal)

Diskriminierung - OK Zivilcourage - selber schuld

Zwischen 150 und 200 geringfügig Beschäftigte (400-Euro-Jobs) arbeiteten beim Wülfrather Kosmetik-Hersteller Titania. Eine bunte Mischung aller möglichen Nationalitäten, welche in friedlichem Miteinander ihre Arbeit verrichteten. Der große türkische Teil der Belegschaft zeichnete sich durch besondere Biederkeit und Pflichterfülle aus. Doch als dann die Liste der Bewerber aufgrund einer Stellenanzeige des Unternehmens und der momentanen Lage auf dem Arbeitsmarkt dermaßen answoll, dass der Inhaber Andre K. seinen politischen Vorstellungen dergestalt freien Lauf lassen konnte, dass er seinen für Personal zuständigen Manager anwies, so lange keine Türkinnen mehr einzustellen wie andere Bewerberinnen zur Verfügung stehen. Das wiederum konnte der 35-jährige Holger M. aus Solingen nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, noch sonst in irgendeiner Weise nachvollziehen und weigerte sich, diesem Befehl zu folgen. Das strikt autoritär geführte Unternehmen machte zum ersten Mal Erfahrungen mit dem Gewissen eines Mitarbeiters und reagierte mit sofortiger fristloser Kündigung.

In dem Glauben, hier anachronistische Verhältnisse vorgefunden zu haben, welche mit unserer demokratischen Grundordnung nicht überein zu bringen sind, klagte Holger M. vor dem Arbeitsgericht in Wuppertal. Der Prozess war in mehrfacher Hinsicht äußerst erstaunlich: Zunächst wurde tatsächlich um die Sache gestritten, üblicherweise würde ein beliebiger Vorwand gesucht, um sich eines unliebsamen Mitarbei-

ters bei einem solch politisch prekären Sachverhalt zu entledigen. Ferner überraschte der Richter Ulrich T. mit seiner Auffassung, dass Privatrecht vor Grundrecht gehe, und entschied zu Gunsten des Unternehmers. So-



weit sich die Begründung des Urteils nachvollziehen lässt, wird darauf verwiesen, dass das Grundgesetz und die darin festgehaltenen Grundrechte eine Verpflichtung des Staates gegenüber seinen Bürgern sei, aber nicht eine Verpflichtung der Bürger untereinander. Des Weiteren gelten arbeitsrechtliche Be-

stimmungen erst dann, wenn ein Arbeitsverhältnis besteht. Da zum entsprechenden Zeitpunkt ein Arbeitsverhältnis zwischen Unternehmen und türkischer Mitarbeiterin erst geschlossen werden soll, gelten die im Arbeitsrecht beschriebenen Grundrechte ebenfalls nicht. Nach Auffassung des Gerichts könne ja die Abgewiesene Schadensersatzanspruch geltend machen. Der Manager der Firma werde ebenfalls nicht diskriminiert, da er lediglich einer Anweisung entsprechender Befehlsnotstand). Dass Themen wie Gewissen, Ethik und Mitmenschlichkeit keine Berücksichtigung im Urteil des Richters Ulrich T. finden, ist bezeichnend dafür, dass mittelalterliches Recht wie das Hausrecht und die sich daraus ergebende Befehlskette (Frondienst) erheblich höher eingeschätzt werden als eine seit drei Jahren geltende EG-Richtlinie, die Diskriminierung eindeutig untersagt.

Warum die Bundesregierung seit drei Jahren die EG-Richtlinie nicht umsetzt und lieber Versäumnis-Strafe zahlt, warum die EG-Richtlinie eine Diskriminierung nach Nationalität doch zulässt und wie gewährleistet werden soll, daß Anti-Diskriminierung auch real geschützt und nicht wieder auf faden-scheinige Schadensersatzansprüche abgewälzt wird, bleiben Fragen, die vermutlich nur Innenminister Schily, der schon in der Vergangenheit die konservativen Kräfte rechts überholt hat, beantworten kann. **rr.**



Solinger Straßen mit berühmten Namen

...eine tacheles-Serie Nr. 7:



Georg Friedrich Rudolph Theodor Herwegh (31.5.1817-7.4.1875)

Am 31. Mai 1817 wird er geboren. Seine Kindheit ist unglücklich: er leidet unter den Streitigkeiten der Eltern und fürchtet die Tötlichkeiten des Vaters. Im Alter von dreizehn Jahren erkrankt er am „Veitstanz“, einer Krankheit, die sich u.a. durch Halluzinationen und Krämpfe äußert, glücklicherweise kann er jedoch von jener Krankheit geheilt werden.



Er besucht die Klosterschule in Maulbronn, wo er u.a. die Leidenschaft für verbotene Bücher seiner Idole Heine, Platen, Börne und anderen entwickelt. Er gibt eine handschriftliche Schülerzeitung heraus und beginnt zu dichten, wobei er schon zu jener Zeit aufmüpfige Kritik übt.

Im Oktober 1835 tritt er in das Tübinger Stift ein, wo er versichern muss, dass er fest auf dem Boden des Metternich-Systems steht. Allerdings liest er weiter die verbotenen Schriften und wird im August 1836 hinausgeworfen. Herwegh besucht danach philosophische, literaturwissenschaftliche und geschichtliche Vorlesungen an der Universität.

Im Juni 1837 bricht Herwegh sein Studium ab und zieht nach Stuttgart, wo er bei der Zeitschrift „Europa“ arbeitet. Dank seines Herausgebers ist es ihm möglich, trotz Militärdienst seine Arbeit bei der Zeitschrift fortzuführen. Mit Erfolg. Er erhält den Auftrag, französische Werke zu übersetzen und hat damit ein gesichertes Auskommen.

Im Exil

Ende Juni 1839 belei-

digt er auf einem Maskenball einen Offizier und soll zur Strafe zu einem Regiment nach Ulm versetzt werden. Herwegh entzieht sich der Strafe, indem er in die Schweiz flieht. 1840 geht er nach Zürich, wo er auf einen Emigrantenzirkel stößt, der ähnliche politische Ansichten hat wie er und lernt außerdem die Schriften des drei Jahre zuvor verstorbenen Georg Büchner kennen. Er hält Literaturvorlesungen an der Universität.

Im Sommer 1841 erscheint Herweghs erstes Büchlein „Gedichte eines Lebendigen“. Das Werk wird nach Deutschland geschmuggelt und wird trotz Verbots ein großer Erfolg.

Im September 1842 kehrt Herwegh als gefeierter Dichter nach Deutschland zurück. Er begegnet unter anderen Prutz, Marx, Ruge, Turgenjew und Bakunin. Überall wird er gefeiert. Deutschland liegt im Herwegh-Fieber. In Berlin lernt Herwegh Emma Siegmund kennen und verlobt sich mit ihr im November 1842. Kurz darauf erhält er eine Audienz bei Friedrich Wilhelm IV. Statt zum Abschied den Nacken zu beugen, fixiert er den König und hat das letzte Wort. Ein Verstoß gegen die Etikette, der ihn einen Teil seiner Anhängerschaft kostet. Als der „Deutsche Bote“ direkt nach der Audienz verboten wird, formuliert Herwegh einen persönlichen Brief an den König, der durch Zufall in die Hände eines Journalisten gerät, der den Brief zu Weihnachten in allen wichtigen deutschen und europäischen Zeitschriften abdrucken lässt.

Herwegh wird wegen Majestätsbeleidigung aus Preußen und Sachsen ausgewiesen. Am 8.3.1843 heiraten Georg und Emma.

Kurz darauf wird Herwegh Kantonsbürger von Baselland und damit Bürger einer Republik. Herwegh veröffentlicht ein neues Buch namens „21 Bogen aus der Schweiz“, das

neben seinen eigenen Aufsätzen Beiträge von Hecker, Engels u.a. enthält. Kurz darauf lassen sich die Herweghs in Paris nieder. Herwegh und der gleichaltrige Marx werden enge Freunde.

Revolution

Im Februar 1848 erhebt sich das französische Volk, Barrikadenkämpfe finden statt und die Monarchie wird gestürzt. Herwegh wird Präsident der „Deutschen Demokratischen Gesellschaft“. Die Unruhen greifen auf ganz Europa über. Als Führer einer Freischärlerlegion beteiligt Herwegh sich 1848 zusammen mit seiner Frau am badischen Aufstand. Die Legion wird jedoch aufgerieben und die Herweghs flüchten in die Schweiz. Wegen einer Liaison mit Nathalie Herzen verläßt er 1849 Frau und Kinder. Im Mai 1852 stirbt Natalie. Die bekannt gemachte Affäre zwischen Herwegh und ihr ist ein gefundenes Fressen für die Klatschzeitungen. Emma glaubt fest an Herweghs Rückkehr.

Nach dreijähriger Trennung ist es soweit.

1863 wird Herwegh von Lasalle zum Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in der Schweiz bestimmt und schreibt das „Bundeslied“ (siehe Kasten). Die Hymne wird sofort verboten, illegal verbreitet und unablässig beschlagnahmt. Im Salon der Herweghs verkehren Gottfried Keller, Jakob Moleschott und Gottfried Semper.

1866 verschlechtert sich die finanzielle Lage der Familie dramatisch, und Herwegh flieht vor seinen Gläubigern nach Baden-Baden. Dort stirbt er am 7. April 1875 an einer Lungenentzündung. Seinem Wunsch entsprechend wird er in Liestal bei Basel «in republikanischer Erde» begraben:

Die Georg-Herwegh-Straße befindet sich am Weegerhof und beherbergt u.a. eine wichtige soziale Einrichtung der AWO.

Andrea

Quellen: <http://www.schule.de/schulen/GHO/fachbereiche/deutsch/herwegh.htm>
http://www.fh-augsburg.de/~harsch/germanica/Chronologie/19Jh/Herwegh/her_intr.html

Mann der Arbeit, aufgewacht!
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will.

Deiner Dränger Schar erblaßt,
Wenn du, müde deiner Last,
In die Ecke lehnst den Pflug,
Wenn du rufst: es ist genug!

Brecht das Doppeljoch entzwei!
Brecht die Not der Sklaverei!
Brecht die Sklaverei der Not!
Brot ist Freiheit, Freiheit Brot!

Brückenspark Müngsten

Führt Regionale-Projekt das Ende des Dornröschenschlafs herbei?

Wer sich schon einmal bei regnerischem Wetter unter die Müngstener Brücke begeben hat – womöglich mit Freunden von auswärts im Schlepptau –, dem ist es vielleicht wie mir gegangen: Die Tristesse dieses Ortes mit seinen riesigen, meist leeren Parkplätzen, den verfallenden Gebäuden und zusammengewürfelten Buden lässt einen fast schwermütig werden. Der Anblick der vor "Elsa's" Kiosk gestrandeten Gestalten hebt auch nicht gerade die eigene Stimmung, und man möchte eigentlich nur noch irgendwohin, wo es hell und freundlich ist.

Dass der Ort rund um die Brücke ein enormes Entwicklungspotenzial hat, weil er durch die Verbindung von Brücke und Landschaft eine besondere Ästhetik und zudem auch eine besondere kulturgeschichtliche Bedeutung hat, das haben städtische PlanerInnen schon länger erkannt. So hat es in der Vergangenheit bereits Bemühungen gegeben, den Bereich aufzuwerten, jedoch fehlten für den großen Wurf die finanziellen Mittel. Durch die Regionale 2006 bietet sich nun die Chance, mit vereinten Kräften der Städte Solingen, Remscheid und Wuppertal, deren Stadtgebiete in Müngsten aneinander grenzen, den Ort so umzugestalten, dass das Besondere erlebbar und das Wissenswerte erfahrbar wird.

Zur Erinnerung: Die Müngstener Brücke wurde 1894 bis 1897 erbaut, um eine direktere Eisenbahnanbindung Remscheids an die Rheinschiene zu erreichen. Sie galt als ingenieurtechnische Meisterleistung und ist mit 107 m Höhe auch heute noch die höchste Eisenbahnbrücke Deutschlands.

Die Landschaft zwischen Müngsten und Burg ist ebenso spektakulär wie das Bauwerk selbst. Der windungsreiche Verlauf der Wupper, die schroffen Felspartien und endlos erscheinenden Wälder bilden eine eindrucksvolle Kulisse und bieten gleichzeitig die Möglichkeit zu ausgedehnten Wanderungen. Wegen ihrer naturnahen Strukturen und gut ausgebildeten Unterwasservegetation wurde die Wupper in das Europäische Schutzgebietsnetz "Natura 2000" aufgenommen. Noch dieses Jahr soll sie – zusammen mit angrenzenden Hangbereichen - als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden. Die Landschaft ist also

nicht nur schön, sondern auch noch ökologisch weitgehend intakt. Bei so viel Superlativen ergeben sich eine Menge Chancen, aber auch Risiken.

Die Planungen für den "Brückenspark Müngsten" – so der offizielle Titel des Regionale-Projekts - sind bereits weit fortgeschritten. Auf der Grundlage einer Rahmenplanung wurde im vergangenen Jahr ein Wettbewerb durchgeführt, an dem sich Landschaftsarchitekturbüros aus dem In- und Ausland betei-

durch unterschiedlich geneigte "Schollen" bewusst künstlich gestaltet werden und somit die gleiche technische Sprache sprechen wie die Brückenkonstruktion, ohne von dem eigentlichen Highlight – der Brücke - abzulenken.

Weitere Details des Entwurfs sind z. B. Stege, die an verschiedenen Stellen in die Wupper ragen und bereits in der Nähe des Parkplatzes Ausblicke auf Landschaft, Napoleonbrücke und Diederichstempel frei geben.

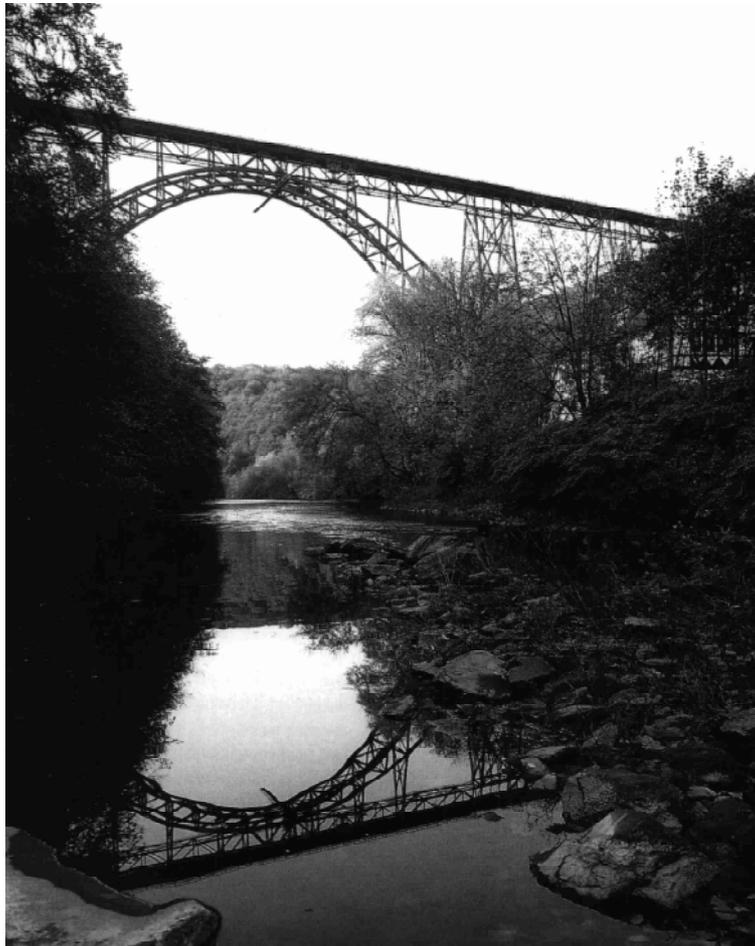
Die Querung der Wupper in Höhe der Müngstener Brücke wird durch eine "Schwebefähre" ermöglicht, d.h. eine voraussichtlich motorbetriebene, an einem Stahlseil hängende Gondel, die Personen, Fahrräder und mehr über die Wupper befördert.

Ein weiterer Baustein bei der Realisierung des Brückensparks ist eine Verbesserung der Erreichbarkeit über den Bahnhof Schaberg. Demnach soll die Wegeverbindung von Schaberg nach Müngsten attraktiviert (z.B. durch Spielmöglichkeiten) und besser ausgeschildert werden. Das bestehende Wanderwegenetz wird um themenbezogene Wandererlebnispfade ergänzt.

Nun geschieht die Umgestaltung ja nicht in einem luftleeren Raum, sondern in einer von Tieren, Pflanzen und Menschen besiedelten Landschaft. Die Realisierung des Brückensparks bringt somit auch Konflikte mit sich. Wenn auch die Spezies Mensch in Müngsten nur durch eine kleine Population vertreten ist, so heißt das natürlich nicht, dass über deren Kopf hinweg geplant werden kann. Laut Auskunft der Regionale-2006-Agentur wurden denn auch die Betroffenen von Anfang an am Planungsprozess

beteiligt. Bei einigen Anliegern besteht Interesse, in den zukünftigen Bebauungsschwerpunkt am Schaltkotten "umzuziehen". In einem Fall beharren die Eigentümer darauf, an ihrem jetzigen Standort zu bleiben, mit der Folge, dass sie wohl in den Park integriert werden.

Anders sieht es bei Tieren und Pflanzen aus, die nicht in der Lage sind, ihre Interessen lautstark zu vertreten oder in Leserbriefen kundzutun. Sie sind darauf angewiesen, dass die Menschen ihre Interessen mit vertreten und dafür sorgen, dass ihr Lebensraum nicht nachhaltig be-



teiligten. Zur Zeit wird ein Bebauungsplan für das Gebiet aufgestellt.

Der Siegerentwurf des "Atelier Loidl" aus Berlin sieht eine Verlagerung der Parkplätze aus dem Gebiet vor und gestaltet die frei werdende Aue zu großzügigen Wiesenflächen um. Die Bebauung wird im Bereich Schaltkotten/Exit konzentriert. Der Gebäudebestand soll hier um zwei Neubauten ergänzt und die heute bestehende "Budenlandschaft" unter der Brücke zurückgebaut werden. Auf diese Weise entsteht eine großzügige, offene Freifläche, die zum Schauen, Schlendern und Verweilen einlädt. Das Relief der Wiesenlandschaft soll





einträchtigt wird. Im vorliegenden Fall wird dies durch eine Verträglichkeitsprüfung für das FFH-Gebiet "Wupper" (FFH steht für Flora-Fauna-Habitat als Bestandteil des oben genannten Schutzgebietsystems "Natura 2000") und andere gesetzlich geforderte Gutachten gewährleistet.

Ein Problem stellt z. B. die Beseitigung von Ufergehölzen dar, wodurch die Wupper einsehbar und besser zugänglich wird als bisher. Zwar ist der betroffene Abschnitt auch jetzt nicht besonders naturnah ausgeprägt. Die vorhandene Bepflanzung schirmt die Wupper jedoch von den Parkplätzen ab, und die Zugänglichkeit ist momentan auf wenige Stellen beschränkt. Die Öffnung kann zu einer Beeinträchtigung gefährdeter Arten der Unterwasservegetation, gefährdeter Fischarten oder auch zu einer Störung des Eisvogels führen, dem dieser Abschnitt als Nahrungsraum dient. Hier wird es darauf ankommen, die Besucher so zu lenken, dass ein Betreten der Ufer auf ganzer Länge unterbleibt. Auch durch den Baubetrieb kann es zu Beeinträchtigungen kommen.

Die Umgestaltung bringt aber auch ökologische Verbesserungen mit sich. Immerhin soll der Kraftfahrzeugverkehr komplett aus dem Gebiet herausgenommen werden, aus Parkplätzen werden Wiesenflächen.

Bis es jedoch soweit ist und der Dornröschenschlaf der Müngstener Brücke möglicherweise beendet wird, fließt sicherlich noch viel Wasser die Wupper hinunter. Und ob der Ort am Ende heller und freundlicher ist, darauf darf man gespannt sein.

Dina

Wörlt weit wepp

Surftipps für kalte Winterabende

www.sunshine-project.de - Forschung und Fakten über biologische Waffen

Das Sunshine Project ist eine internationale Organisation mit Sitz in Hamburg und Austin, Texas, mit dem Ziel militärischen Missbrauch von Bio- und Gentechnologie aufzudecken. Unter anderem kann man sich über folgende Themen informieren: Biologische Abwehrforschung in Deutschland, Biowaffenforschung in den USA, Gentechnik und Biologische Waffen oder den Einsatz von Biowaffen in der Drogenvernichtung („Agent Green“). Es gibt die neuesten Infos über alle Ereignisse rund um die Milzbrandbriefe in den USA und die Suche nach biologischen Waffen im Irak.

www.vistaverde.de - Portal für Umwelt - Natur - Nachhaltigkeit

Vista verde wendet sich an umweltorientierte und naturbewusste Leserinnen und Leser, die interessiert an allen möglichen und vorstellbaren Umweltthemen sind. vista verde bietet Meldungen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft und ein Verzeichnis mit über 3.000 Web-Adressen der wichtigsten Akteure im

Umwelt- und Naturschutz. In moderierten Foren können Leserinnen und Leser aktuelle Fragen diskutieren. Und die Rubrik „Aktion“ informiert alle, die sich selbst engagieren möchten. vista verde verwendet ausschließlich Meldungen von Agenturen (z.Zt. sind dies die dpa und das Redaktionsbüro JKM Media).

www.wer-zu-wem.de ist ein Marken- und Handelsverzeichnis

Welche Marke gehört zu wem? Welche Marke wird von wem vertrieben? Welche Kette gehört zu welcher Gruppe? Die Antworten auf diese Fragen befindet sich auf der Internetseite wer-zu-wem.de. Über 3.200 Marken sind mit Eigentümer und jeweiliger Vertriebsfirma in dem Verzeichnis aufgeführt. Der Schwerpunkt liegt dabei im Bereich Lebensmittel, Getränke und Drogeriewaren. Über 650 Handelsketten sind mit Gruppenzugehörigkeit und Anzahl der Filialen aufgeführt. Ergänzt wird das Verzeichnis durch eine Aufstellung der Hersteller von Handelsmarken und Lizenzprodukten. Das Angebot ist kostenlos.

“... so entstand der moderne Staat...”

“Am Hundertjährigen Krieg (1339-1453) zwischen England und Frankreich störte die beteiligten Monarchen vor allem, dass er so teuer war. Weil es sich, anders als bei früheren Waffengängen, nicht nur um einen kurzfristigen Feldzug handelte, bei dem wenigstens der Sieger schnell abkassieren konnte, war für lange Zeit keine Erholung in Sicht. Dazu mussten die neuen, teuren Feuerwaffen beschafft werden. Der König von Frankreich half sich, indem er bei reichen Leuten Kredite aufnahm und ihnen das Recht einräumte, das Geld bei seinen Untertanen wieder einzutreiben. So entstand die Staatsanleihe, und mit ihrer Rückzahlung durch das Volk war die Steuer erfunden. Sie wurde beibehalten nachdem der Kredit getilgt war, ging aber fortan direkt an den Monarchen. Damit das alles seine Ordnung hatte, musste ein bürokratischer Apparat errichtet werden. Voilà, der Staat.”

Georg Fülberth in *Jungle World* Nr. 23, Mai 2003

Gerichtsverfahren wegen Blockade US-Airbase eingestellt

Während des Irak-Krieges blockierten Mitglieder der Friedensbewegung die kriegswichtige US-Airbase in Frankfurt. Mehr als tausend gewaltfreie BlockiererInnen wurden von der Polizei "geräumt" und erhielten einen Bußgeldbescheid von über 200 Euro, gegen den die meisten Widerspruch erhoben. Die diesbezüglich angesetzten Gerichtsverfahren wurden jetzt in der Regel eingestellt. Trotzdem erhielten die Betroffenen - u.a. auch Frank Knoche vom Solinger Appell - einen Gebührenbescheid von 30 Euro für das Wegtragen durch Polizeibeamte. Da sich das Gericht weigerte, eine Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Aktion gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak zu treffen, weigerten sich die per Gebührenentscheid belangten, diesen zu bezahlen.

Naturschutz aktiv in Solingen

- Aktive Geländearbeit
- Vorträge
- Politische Arbeit
- Umweltarbeit mit Kindern



Bergischer
Naturschutzverein
Telefon 329642

RBN



Straßenordnung verschärft:

Jugendliche müssen um 22 Uhr ins Bett, Politiker dürfen weiter trinken!

Seit dem 11.12.03 gilt auf Antrag der CDU und nur die Stimmen der Grünen und der ÖDP die Neufassung der Solinger Straßenordnung.

Neu eingefügt in § 11 (3) wurde folgendes: *"Das Verweilen von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr ist auf öffentlichen Freizeitanlagen (z.B. Skater- und Basketballanlagen, Kleinfeldballspielanlagen) nicht gestattet."*

In einer Presseerklärung der Grünen vom 13.11.03 hieß es dazu: *"Damit werden insbesondere junge Erwachsene, ältere Jugendliche und die Schwachen der Gesellschaft, die sich nach 22 Uhr noch mit anderen Menschen treffen wollen, gänzlich aus dem öffentlichen Raum ausgegrenzt, auch wenn sie keinen Alkohol trinken. Und auch diese Formulierung ermöglicht die Ausdehnung auf alle Parks und Freizeitanlagen."*

Neu ist auch der § 11 (7): *"Auf von der Stadt für besondere Zwecke zur Verfügung gestellten Flächen wie Kinderspielplätzen und Spielplätzen ist jeglicher Konsum von Alkohol, Nikotin und Drogen untersagt."*

Sicherlich ist es unproblematisch, auf Kinderspielplätzen ein derartiges Verbot auszusprechen, es jedoch auf alle Spielplätze auszudehnen würde bedeuten, dass auch die älteren Jugendlichen, die die Spielanlagen für Ältere nutzen, beim Zigarettenrauchen mit Ordnungsgeldern belastet werden können.

Die am 30.9.03 von der Verwaltung erstellte Ergänzungsvorlage zu § 11 sah sogar eine noch weitergehende Verschärfung vor. Der Genuss von Alkohol sollte danach auch auf allen "Freizeitanlagen" verboten werden.

In einer Presseerklärung der Grünen vom 13.11.03 hieß es dazu:

"Die umfassende Formulierung ‚Spielplätze und Freizeitanlagen‘ würde jedoch faktisch u.a. im Bärenloch, im Engelsberger Hof, im Park Birkenweiher, in der Skateranlage Ohligs inkl. zugehörigem Außenbereich, in den Maltesergründen (...) das Trinken von Alkohol zu einer zu sanktionierenden Ordnungswidrigkeit machen. Damit würden in diesen Parks alle diejenigen vom öffentlichen Raum ausgeschlossen, die sich den Alkoholgenuss in Biergärten nicht



Foto: Heinz

Öffentliches Protest-Essen gegen die Verschärfung der Straßenordnung auf der Platte am Döppersberg

20. März 2004 um 18 Uhr Jahreshauptversammlung
Adresse siehe rechts!

16. Mai 2004 12 Uhr Ausstellungseröffnung
in der Artothek des Museums Barden mit Bildern
gemalt von Menschen aus Bolivien; zugunsten der
Arbeit mit Kindern in der Andenregion Boliviens.

Kontaktadresse:
ZukunftsWelten e.V.
Mühlenteich 5 42653 Solingen
Tel.:0212-59 04 01 FAX:259 25 11



Abzugsfähige Spenden werden erbeten auf das Konto
ZukunftsWelten e.V. Konto 5251269 BLZ 342 500 00 Stadtparkasse Solingen

leisten können. Während nebenan im Biergarten Birkenweiher die Politiker Nikotin und Alkohol konsumieren, soll dies den Armen, und damit einem immer größer werdenden Teil der Bevölkerung, versagt werden. Diese Vertreibung von armen oder alkoholkranken Menschen aus dem öffentlichen Raum ist unverantwortlich und keine adäquate Maßnahme der Problemlösung."

Im Endeffekt verzichtete man im Ratsbeschluss auf das generelle Verbot von Alkohol in den "Freizeitanlagen". Offenbar hatte der Hinweis mit den im Biergarten trinkenden Politikern noch ganz andere Befürchtungen geweckt. Was wäre, wenn jemand die "drogenfreie Gesellschaft", die die CDU in ihrem Wahlprogramm fordert, ernst nähme? Würden den Herren Honoratioren dann auf der traditionellen "Zöppkesmahlzeit" der Bierkrug aus der Hand gerissen? Würden die Narren der „Karnevalssitzungen“ für Sekt und Zigarette mit Ordnungsgeldern belegt? Dies wäre dann doch zuviel des Guten! **Dietmar Gaida**

Erklärung: Gegen diese EU-Verfassung! "Für ein Europa, das sich dem Krieg verweigert"

Die EU hat einen Entwurf für eine gemeinsame Verfassung vorgelegt, die dann über den einzelstaatlichen Verfassungen, also auch über dem deutschen Grundgesetz steht. (Der gesamte EU-Verfassungsentwurf findet sich z.B. hier: www.imi-online.de/download/EU-Verfassungsentwurf.pdf)

- Die so genannte „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) und die „gemeinsame Verteidigungspolitik“ nehmen einen zentralen Raum im Verfassungsentwurf ein. Im friedens- bzw. militärpolitischen Bereich finden sich dramatische Neuerungen. So gibt es eine explizite Aufrüstungsverpflichtung mit Verfassungsrang: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Artikel I-40 Absatz 3). Um diese regelmäßige Aufrüstung zu kontrollieren und teilweise durchzuführen wird ein „Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“ eingerichtet.

- EU-Streitkräfte - z.B. die neue EU-Interventionstruppe mit 60.000 Mann und Frau - sollen zu „Kampfeinsätzen im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Friedensschaffender Maßnahmen“ (Artikel III-210) eingesetzt werden können. Weiter heißt es: „Mit allen diesen Missionen kann zur Bekämpfung des Terrorismus beigetragen werden, unter anderem auch durch die Unterstützung

für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet“. (Artikel III-210).

- Passend zur Absicherung der militärischen Komponente der EU wird im Verfassungsentwurf zudem das neoliberale Wirtschaftsmodell festgeschrieben.

Diese EU-Verfassung darf nicht umgesetzt werden!

Wir lehnen diese EU-Verfassung ab!

Wir sind für einen neuen EU-Verfassungsentwurf,

- der auf breiter gesellschaftlicher Basis unter Einschluss sozialer, emanzipatorischer Bewegungen entsteht,
- der eine Europäische Union schafft, die sich dem Krieg verweigert,
- und der die Vision einer demokratischen, sozialen und zivilen Europäischen Union erfüllt

Kassel, 07.12.2003

Erstunterzeichner/innen:

Bundesausschuss Friedensratschlag, Deutscher Friedensrat, Informationsstelle Militarisierung, u.a.

Die Erklärung kann unterzeichnet werden, sie soll dann im Januar veröffentlicht werden, Unterzeichner/innen (Gruppen) bitte an Uwe.Reinecke@freenet.de



Putzen bis

Frau Meier, 39 Jahre alt, arbeitet seit einigen Jahren in einer sozialen Einrichtung als Reinigungskraft.

Warum arbeiten Sie als Reinigungskraft?

Wir haben 5 Kinder und mein Mann verdient relativ wenig, - so sind wir auf meinen Job als Reinigungskraft angewiesen. Ein großer Vorteil bei diesem Job liegt darin, dass ich relativ schnell abspringen kann, wenn eines meiner Kinder mal krank wird. Zwei von meinen fünf Kindern sind noch recht jung und der Job bietet relativ viel Flexibilität.

Wie sehen Ihre Arbeitsbedingungen aus?

Ich arbeite an 5 Tagen etwa 3 Stunden pro Tag und verdiene im Monat ca. 360,- €. Das entspricht einem Stundenlohn von ca. 6,- €, was für die zu machende Arbeit relativ wenig ist. Ich muss sehr schwere Eimer schleppen und mich meistens auch ziemlich beeilen, damit ich in den 3 Stunden mit meiner Arbeit fertig werde, es ist also ziemlich stressig. Ich habe allerdings auch Anspruch auf Urlaub und wenn ich krank bin, bekomme ich trotzdem Gehalt, bin also auch ein bisschen abgesichert.

Aber besonders positiv an meinem Job ist, dass die Mitarbeiter/-innen bei der Arbeitsstätte mich und meine Arbeit zu schätzen wissen. Das drückt sich zum Beispiel darin aus, dass sie mich mit kleinen Arbeiten wie z.B. Stühle hochstellen, unterstützen, oder dass ich immer ein Geburtstagsgeschenk bekomme, - wenn es mir mal nicht so gut geht, kann ich auch schon mal was liegen lassen - die Kommunikation zwischen mir als Reinigungskraft und den anderen Kollegen ist einfach gut.

Was müsste sich Ihrer Meinung nach für die Reinigungskräfte verändern?

Ich finde es unmöglich, dass der Job der Reinigungskraft meist ein sehr undankbarer und unterbezahlter Job ist. Diese schwere Arbeit sollte viel besser bezahlt werden. Wenn wir

Arbeitsgemeinschaft
ganzheitliche Psychotherapie



Psychodrama, Sozialtherapie, Supervision,
Coaching, Gestalttherapie, Ausdrucks-

Ein neues Trainings-Konzept für Fachleute, die bereits eine oder mehrere Zusatzqualifikationen haben.

Ein gutes Instrument für Gruppen- und Einzelarbeit.

Psychodrama selber anwenden lernen

Die kleine Arbeitsgruppe wird interdisziplinär besetzt. Dadurch erfahren Sie in der gemeinsamen Arbeit die Möglichkeiten und Grenzen in Ihrer Disziplin und Ihrem Format und es kann sich ein Netzwerk bilden.

Rufen Sie an: **Friedel Geisler**, Psychotherapeutin (Heilpr.),
Psychodrama, Supervision (DACC/DiP, DGSV), Theologie, Dip. Rel.-Päd.
Konrad-Adenauer-Str. 21, 42651 Solingen, Telefon und Fax: 0212/273 478
eMail: friedel.geisler@t-online.de Internet: www.friedel-geisler.de

Nein, eure Augen täuschen euch nicht, es gibt tatsächlich mal wieder ein Hexenblatt in der tacheles! Nachdem es für zahlreiche Ausgaben in der Versenkung verschwunden war (nicht zuletzt aufgrund des geringen Frauenanteils in der Redaktion), wollen wir nun einen Wiederbelebungsversuch starten.

In dieser Ausgabe wollen wir über die Arbeitsbedingungen von Reinigungskräften berichten, ein Beruf, der in unserer Gesellschaft traditionell überwiegend von Frauen ausgeübt wird (siehe der abwertende Begriff "Putzfrau" oder "Putze"). Putzende Männer gibt es hingegen kaum, wofür es verschiedene Gründe geben kann: man ist sich zu fein für diese Drecksarbeit, die Bezahlung ist zu niedrig oder die Tatsache, dass "Männer einfach nicht vernünftig putzen können" (Zitat einer Vorarbeiterin einer Gebäudereinigungsfirma auf die Frage, warum denn in den Anzeigen immer weibliche Kräfte gesucht werden).

Wir haben zwei Reinigungskräfte gefragt, wie sie ihre Arbeitsbedingungen sehen und weshalb sie in diesem Beruf arbeiten. Die Interviews führte Eva Thomas.



der Arzt kommt

alle streiken würde, dann würden alle im Dreck versinken und erst dann würden die Leute merken, wie wichtig unsere Arbeit ist.

Was für eine Arbeit würden Sie lieber machen?

Da ich manchmal unter Rückenschmerzen leide, Hautausschlag an den Händen habe und an manchen Tagen einfach nur völlig erschöpft bin, würde ich schon gerne auf andere Weise mein Geld verdienen. Ich könnte mir sehr gut Heimarbeit vorstellen, irgendetwas verpacken oder zusammensetzen. Der Vorteil wäre, ich könnte zu Hause bei den Kindern sein und die Großen könnten gelegentlich mithelfen.

Ich danke Ihnen für das Gespräch

Pauline Ehl, 25 Jahre alt, hat anderthalb Jahre in einer Fabrik als Reinigungskraft gearbeitet.

Warum hast du als Reinigungskraft gearbeitet?

Ich war jung und brauchte das Geld.

Wie sahen deine Arbeitsbedingungen aus?

Ich habe bei einer privaten Gebäudereinigungsfirma gearbeitet, die einen Stundenlohn von ca. 11,45 DM ohne bzw. später 14,80 DM mit Steuerkarte gezahlt hat. Diese Löhne sind durchaus üblich in der Branche. Ich habe von Montag bis Freitag jeweils ca. 3,5 Stunden morgens geputzt und nachmittags im sozialpädagogischen Bereich gearbeitet. Den ganzen Tag putzen hätte ich körperlich und psychisch, glaube ich, nicht ausgehalten. In den Schulferien habe ich öfter Vertretung für andere Reinigungskräfte gemacht, da war ich dann den ganzen Tag von 5 Uhr morgens bis nachmittags und dann noch mal bis abends spät in irgendwelchen Firmen. Das schlaucht ziemlich, zumal ich die Wege zwischen den einzelnen Arbeitsplätzen meist mit dem Bus zurücklegen musste. Ich war heilfroh, als ich mich endlich dazu durchgerungen hatte, doch mal mit dem Studium anzufangen und diesen Mist hinter mir zu lassen. Mir tun nur meine ehemaligen KollegInnen leid, die weiter für wenig Geld so schuften müssen, denn gerade in Industriebetrieben ist das Putzen reine Knochenarbeit. Eine türkische Kollegin von mir hat mit 62 Jahren noch schwere Wassereimer etc. die Treppen hochgeschleppt, eine Arbeit, bei der selbst ich mir Rückenprobleme geholt habe. Dabei hat die Firma auch noch regelmäßig zu wenig Stunden abgerechnet. Wahrscheinlich haben die gedacht, die spricht ja kein deutsch und kann auch kaum lesen, die



merkt das eh nicht. Wenn unsere Vorarbeiterin nicht die Abrechnungen kontrolliert und sich für uns eingesetzt hätte, hätte diese Kollegin regelmäßig zu wenig Geld bekommen.

Was müsste sich ändern?

Zuerst einmal muss ich sagen, es ärgert mich, wie wenig die Arbeit dieser Frauen geschätzt wird. Die leisten Knochenarbeit für einen lächerlichen Lohn, und der Job "Putzfrau" wird von den meisten Menschen irgendwie doch abfällig bewertet. Da sollte vielleicht mal ein Umdenken in der Gesellschaft stattfinden, denn ohne diese Frauen wäre jede Bürotoilette ein Dreckstall.

Außerdem wäre es notwendig, dass die Reinigungskräfte sich organisieren und für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Lohn kämpfen. Vielen ist, glaube ich, gar nicht bewusst, dass sie Möglichkeiten haben, gegen diese Ausbeutung anzugehen.

Internationaler Frauentreff

Frauencafé Courage

Klemens-Horn-Straße 3, Tel.: 273635



Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag 11-18 Uhr
jeden Dienstag ab 13 Uhr Mittagstisch
jeden Mittwoch und Freitag ab 15 Uhr
Kaffee und Kuchen
Samstag 11-15 Uhr (Familientag)

Außerhalb der
Öffnungszeiten kann
das Café für
Veranstaltungen und Feste
gemietet werden.

Brigitte Reimann †

Am 22. Oktober 2003 starb Brigitte Reimann 63jährig. Seit 1979 in Solingen, engagierte sich die couragierte Sozialpädagogin in zahlreichen Auseinandersetzungen für die Interessen vor allem der benachteiligten Menschen ohne Lobby in dieser Stadt. Bis „zum Schluss“ war sie die treibende Kraft im Verein Roma amenza, wo sie den von Abschiebung bedrohten Roma-Familien zur Seite stand. Über die Not und das Leben der Roma in unserer Stadt schrieb sie mehrere Beiträge für die „tacheles“. Hier folgt der Versuch ihre soziale und politische Arbeit in Solingen zu würdigen, denn sie war eine außergewöhnliche Persönlichkeit des Widerstandes gegen Ungerechtigkeit und Diskriminierung.

„Für die schwere Arbeit ist Frau Reimann besonders geeignet. Sie besitzt einen besonderen Zugang zu sozial schwierigen und gefährdeten Jugendlichen“, lobte der damalige Walder Bezirkspfarrer Ackermann im November 1979 seine Jugendleiterin in der Teil-Offenen-Tür des Jugendzentrums der evangelischen Kirchengemeinde an der Fuhr. Als jedoch immer mehr bekannt wurde, dass die am 31.7.1940 im viertausend Einwohner zählenden Angerapp (Ostpreußen, vor 1938 Darkehmen, heute Ozersk/Russland) geborene Diplom-Sozialpädagogin Mitglied in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) war, veränderte sich diese Haltung. Am 18. Mai 1982 beschloss das Presbyterium mit knapper Mehrheit ihre Kündigung. Die DKP-Mitgliedschaft der Pädagogin sei unvereinbar mit ihrer Arbeit als kirchliche Angestellte. Kurz zuvor hatte die CDU-regierte Stadtverwaltung den von Willy Brandt zu verantwortenden „Extremisten-Erlass“ auf den Beamtenanwärter Friedbert Safrin angewendet und somit den ersten Berufsverbotsfall in Solingen nach 1945 geschaffen. Im zweiten Berufsverbotsverfahren gegen Brigitte Reimann verlor die Kirche sowohl vor dem Solinger, als auch vor dem Landesarbeitsgericht. Sie musste die bei ihren Jugendlichen beliebte „Power-Frau“ wieder einstellen. Nachdem Brigitte jedoch für die DKP zu den Kommunalwahlen kandidierte, erhielt sie am 4. Juni 1984 die erneute Kündigung. Begründung: Mit dieser Kandidatur habe sie gegen die ihr auferlegte politische Zurückhaltung verstoßen. Das folgende Arbeitsgerichtsverfahren endete zwar mit einem Vergleich, die Beklagte verlor jedoch ihren Arbeitsplatz. Hätte sie für CDU, FDP

oder SPD kandidiert, wäre ihr dies sicherlich nicht passiert (soweit zum Thema freie und gleichberechtigte Chancen bei Wahlen). Vor einigen Jahren hat der Europäische Gerichtshof die Berufsverbotspraxis der Bundesrepublik nachträglich als Verstoß gegen die Menschenrechte und Meinungsfreiheit verurteilt. Bei Brigitte Reimann hat sich zu Lebzeiten jedoch niemand der Verantwortlichen für ihr Berufsverbot entschuldigt. Ihr Leben nach der „Hexenjagd“ wurde jedoch durch diese Auseinandersetzung geprägt. Lange Zeiten der Arbeitslosigkeit, ungesicherte und weit unter ihrer Qualifikation liegend bezahlte ABM- und zeitlich begrenzte Beschäftigungen waren die Folgen, bis sie wegen Krankheit frühzeitig „in Rente ging“. Ihre finanziellen Verhältnisse waren immer äußerst bescheiden. Dabei hatte sie gelernt und gearbeitet wie kaum ein anderer. Bevor sie auf dem Zweiten Bildungsweg in fünf Jahren Abendgymnasium Abitur machte, erlernte sie die Berufe Drogistin, Kosmetikerin und Fotografin. Ihr Studium in Berlin und Bonn, welches sie als Diplom-Sozialpädagogin abschloss, finanzierte sie mit eigener Arbeit. Selbst nach ihrem Berufsverbot erlernte sie als fünfzigjährige noch den Beruf einer Polstererin. Nach ihrem Studium, während dem sie sich im Marxistischen Studentenbund Spartakus (MSB) engagierte, arbeitete sie gerade mal etwas mehr als zwei Jahre in gesicherten und relativ gut bezahlten Verhältnissen in ihrem mühsam erworbenen Beruf als Diplom Sozialpädagogin. Überaus erfolgreich baute sie die Jugendarbeit in der Fuhr auf, begründete gemeinsam mit anderen den Bauspielplatzverein, aus dem später die Fuhrgemeinschaft hervorgeht und setzt Maßstäbe in der Mädchenarbeit. Politisch aktiv war sie Ende der 70er Jahre vor allem in der Bürgerinitiativenarbeit gegen die völlig überdimensionierte Walder Stadt-sanierung, der zahlreiche historische wertvolle Gebäude geopfert werden. In der DKP hatte Brigitte auch nicht nur Freunde. Einige - in den Regeln der Bauvereinshausordnung („Immer schön Treppe putzen“) erstarrte Traditionskommunisten - sahen in der alleinstehenden Frau mit wechselnden, zumeist jün-



geren, Partnern eine Gefahr für ihre kleinbürgerlich gewordene Lebensweise. Zudem rauchte sie noch „Rothändle“, ging alleine in Kneipen und liebte den Meinungsstreit wie die offene Auseinandersetzung. Aber Brigitte war nicht klein zu kriegen und trotz persönlicher Enttäuschungen ließ sie sich nicht davon abhalten aktiv zu sein. Wie es der Zufall so wollte wurde ihr geliebtes kleines Häuschen - welches als Treffpunkt und „Widerstandsnest“ der Bürgerinitiative galt - in dem sie in Wald zur Miete wohnte, wegen einer bis heute unsinnigen „Andienungsstraße“ wegsaniert. Während des erbitterten Richtungsstreit, an dem die DKP Mitte bis Ende der 80er Jahre zerbrach, tritt sie aus der DKP aus und „hat die Nase voll von Parteien“. Sie engagierte sich bei SOS-Rassismus und für die in Solingen lebenden Roma. Ihre besondere Beziehung zu den Roma entstand während ihrer Zeit als Sozialarbeiterin im Flüchtlingsheim Martin-Luther-Strasse, wo ihr Arbeitsvertrag, trotz ihrer überaus erfolgreichen und beispielhaften Arbeit vor allem mit den Kindern, nicht verlängert wurde. Brigitte Reimann hätte aufgrund ihrer menschlichen und beruflichen Qualifikation sicher ein besseres Leben verdient. Sie war mit ihrem Leben trotz aller Schwierigkeiten, die sie zu überwinden wusste, viel glücklicher und zufriedener als die meisten angepassten und karrieregeilen Mittelmäßigen.

Frank Knoche



Studentin soll nach 16 Jahren abgeschoben werden

Junge Studentin soll nach 16 Jahren Aufenthalt in Deutschland in die Türkei abgeschoben werden, obwohl sie keine Türkin ist

Auf einmal bist Du Türkin.

Die Zukunft hatte sich die Studierende ganz anders vorgestellt. Vor über 16 Jahren reiste die Sozialwissenschaftsstudentin mit ihren Eltern vom Libanon über die Türkei nach Deutschland ein, um hier Asyl zu beantragen. Im Libanon war Bürgerkrieg, ihre Eltern konnten weder schreiben noch lesen, nur mit viel Glück gelang ihnen die Flucht in die Türkei. Dort kaufte der Vater türkische Pässe, um nach Deutschland zu gelangen, libanesisches Dokumente besaßen sie nicht. Sofort nach ihrer Flucht gab die Familie zu, mit falscher Identität eingereist zu sein.

Der Asylantrag der Familie wurde bereits 1990 abgelehnt, trotzdem bekamen sie als libanesischer Flüchtlinge Abschiebeschutz und eine Aufenthaltserlaubnis. Seit drei Jahren bekommt die Familie nur noch eine jeweils dreimonatige Duldung.

Im November 2003 erhielten die Studentin, ihre weiteren Geschwister, die z.T. hier geboren sind und ihre Eltern die Aufforderung zur freiwilligen Ausreise in die Türkei. Ende Januar 04 zwang die Ausländerbehörde die Familie die türkische Staatsangehörigkeit anzunehmen und stellte ihnen eine neue dreimonatige Duldung unter einem türkischen Familiennamen aus. Ansonsten droht ihnen als Illegale die sofortige Abschiebehaft.

Im April 2004 beginnt nach über einem Jahrzehnt ein Verfahren gegen den Vater der Familie vor dem Amtsgericht wegen Verstoßes gegen das Ausländergesetz. Der Vorwurf lautet: Einreise in die Bundesrepublik Deutschland mit gefälschten Pässen. Nach 16 Jahren soll hier eine Familie, darunter mehrere Kinder, die hier geboren sind, in ein Land abgeschoben werden, aus dem

noch nicht einmal die Eltern herkommen. Laut dem antirassistischen Netzwerk 'kein mensch ist illegal' laufen zur Zeit bundesweit die Bemühungen der Ausländerbehörden libanesischer Bürgerkriegsflüchtlinge, die meistens seit über zehn Jahren in Deutschland leben und mit anderer Identität eingereist sind, abzuschieben. Die Türkei erweist sich da als williger Partner. Antirassistische Gruppen, verschiedene ASten der NRW Hochschulen und FlüchtlingsunterstützerInnen rufen zu Protestaktionen gegen die Abschiebung dieser Familie und anderen betroffenen Menschen auf und fordern:

**Ein Bleiberecht für
Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Libanon!**

bleiberecht.de

Bleiberecht für Staatenlose Personen aus dem Libanon

Seit über einem Jahr herrscht in vielen Städten und Kommunen in Deutschland zunehmende Unsicherheit bei Personen, die eine undefinierte Staatsbürgerschaft aus dem Libanon besitzen.

Bei diesen angesprochenen Menschen handelt es sich um Staatenlose, die bei der Auflösung des Osmanischen Reiches in den Libanon ausgewandert sind.

Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches und bei der Verteilung der Länder im Nahen Osten im Jahre 1923 ist der Libanon unter französisches Mandat gestellt worden. Dadurch sind in der Region neue Staaten entstanden.

Die heutige Türkei wurde mit dem Abkommen von Lausanne am 24 Juli 1923 von Kemal Pascha gegründet. Der neue Herrscher hat die arabische Sprache in der Bevölkerung abgeschafft und damit den Arabern, die in Süd- und Ostanatolien (Mardin - Savur - Midyat) leb-

ten, ihre Kultur genommen.

Die zur Zeit Atatürks eingeführten türki-

schen Nachnamen, die in seltenen Fällen selbst ausgesucht wurden, werden nur im Behördenumgang verwendet. Die Armut und Ausweglosigkeit, die Ablehnung des türkischen Staates wie auch die Furcht vor Blutrache sollen Gründe für eine von vornherein auf Dauer angelegte Auswanderung dieser Menschen in den Libanon gewesen sein.

Bei der Ankunft in den Libanon führten die Auswanderer nicht die ihnen in der Türkei gegebenen türkischen Familiennamen. Sie haben wieder ihre ursprünglichen arabischen Namen angenommen.

So fanden die ersten Zuwanderer aus Anatolien Ende der 20er Jahre im Libanon eine gute Erwerbsmöglichkeit vor. Darüber hinaus bestanden keine Verständigungsprobleme aufgrund der arabischen Sprachkenntnisse.

Im Libanon wurden diese Menschen als Kurden bezeichnet, da sie aus



Aktion gegen Abschiebungen in Bremen



dem kurdischen Gebiet stammen. Außerdem wurde der Aufenthaltsstatus dieser Menschen im Laufe der Zeit in verschiedene Phasen umgesetzt. Dort konnten sie keine Staatsbürger werden:

- a) aus innenpolitischen Gründen
- b) aufgrund des Erhalts des Gleichgewichts zwischen den verschiedenen Religionen und
- c) aufgrund der Volksgruppenzugehörigkeit

Nun wurde der Libanon Anfang der 70er Jahre von einem Bürgerkrieg erschüttert; viele Leute waren auf der Flucht, Libanesen und Ausländer mußten ihre Häuser verlassen und eine neue Heimat suchen, wo sie Schutz und Sicherheit für ihre Kinder fanden. Die Reise ging in Richtung Europa: Deutschland, Frankreich, Schweden, Holland u.a. europäische Länder.

Diese Menschen haben hier eine neue Heimat gefunden, die Kinder sind in Deutschland aufgewachsen, haben hier ihre Freunde, Schule, Spielplatz, Nachbarn, sie sprechen die Sprache, sie sind auch integriert und so ein Teil dieser Gesellschaft geworden. Inzwischen sind die eingereisten Kinder von damals selbst Eltern und haben eine eigene Familie gegründet.

Hier ist ihre Heimat, in der Türkei sind sie Fremde und im Libanon werden sie nicht akzeptiert!!!

bleiberecht.de

Stolpersteine für Solingen...

Der Kölner Künstler Gunter Demnig verlegt Messingplatten mit den Namen von Opfern des Naziterrors vor den damaligen Wohnorten.

Der Solinger Appell – Forum gegen Krieg und Rassismus beteiligt sich zusammen mit Gruppen und Einzelpersonen an dieser Aktion gegen das Vergessen. Weitere Mitwirkende und SpenderInnen sind herzlich willkommen. Das nächste Treffen zu diesem Thema findet am 26.02.2004 um 20 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3 statt.

Spenden:

Konto 100 3099 34

Blz: 33060592

Stolperstein Solingen

Kontakt: Solinger-appell@operamail.com

Maman kann nicht mehr antworten

Der achtjährige Ahmad sitzt mit seiner kleinen Schwester Simin auf der Straße. Neben ihnen liegen vier Leichen. „Habt ihr keine Angst vor den Toten?“ - „Nicht mehr, es sind ja so viele“, sagt Ahmad, dessen traurige Augen im Vergleich zu seinem kindlichen Gesicht alt wirken.

Ahmads Vater, ein Straßenhändler, ist bei dem Beben umgekommen. Seine Mutter wurde in ein Krankenhaus in der Stadt Kerman gebracht. Dort aber ist sie nach Informationen der Nachbarn an den Folgen ihrer schweren Kopfverletzung gestorben. „Und was macht ihr jetzt?“ - „Weiß nicht, hoffentlich sind meine Onkel noch am Leben“, sagt Ahmad. Seine dreijährige Schwester hat die ganze Nacht nach Maman geschrien, bis sie heiser wurde. „Jetzt schreit sie zumindest nicht mehr“, sagt der Bruder.

Was mit den Waisenkindern passiert ist, noch unklar. Laut Rotem Halbmond müssen erst die Bergungen zu Ende geführt, die Verletzten versorgt, die Anschlüsse für Strom, Wasser und Telefon wieder hergestellt werden. Dann erst wird man sich Gedanken über die Waisenkinder machen. Es höre sich herzlos an, gehe aber nicht anders - „man muss halt Prioritäten setzen“, sagt einer der Rettungsarbeiter.

„Wir hatten gestern minus fünf Grad, wir brauchen Zelte, Decken und Brennstoff, keine Politspiele“, sagt Hussein, der wie viele andere kein Zelt und keine Extradecken bekommen konnte.

Aus der einstigen Touristenstadt Bam mit relativ gutem Einkommen für die Bewohner ist eine Ruine geworden. „Die Stadt der Toten und Verlorenen“ nennt sie die Iranische Journalistin Parissasie. „Die einen haben keine Männer mehr, die anderen keine Frauen, die Kinder keine Eltern - wie wollen die einen Neuanfang machen?“

Sonntag, 28. Dezember 2003

(entnommen der Internetseite von Iran Now)

Anmerkung der Redaktion: Nach Schätzungen gibt es in Bam etwa 4000 bis 6000 Waisenkinder. Um ihnen langfristig zu helfen und eine Partnerschaft zu schaffen, sammeln einige engagierte Menschen, Iraner und Deutsche, aus den drei Bergischen Großstädten für die Erdbebenopfer. Zur Zeit laufen alle Spenden über das Konto des Vereins SOS Hundestaffel:

Stadtparkasse Solingen

Konto-Nr. 5 26 52 85

BLZ 342 500 00

Stichwort/Verwendungszweck: IRAN

Bis jetzt (Ende Januar 2004) haben wir dank der Hilfe der Bevölkerung, aber nicht zuletzt dank der aktiven Unterstützung durch die türkische Frauengruppe um Ayla Olsen und den Verein SOS Hundestaffel etwa acht Tonnen Sachspenden gesammelt. Herzlichen Dank!

Folgende Hilfsgüter werden noch benötigt:

Bekleidung und Schuhe jeglicher Art für Erwachsene und Kinder (auch Sommersachen)

Trockene Lebensmittel wie Mehl, Zucker, Tee, Reis, Nudeln Konserven, Schokolade,

Süßigkeiten

Gebrauchsgüter:

Spielzeuge, Kleingeräte sowie Hygieneartikel wie Waschmittel, Shampoo, Seife sowie Decken

Der Transport der Hilfsmittel durch einen LKW soll durch Spenden mehrerer türkischer Unternehmer gewährleistet werden.

Die Spenden können täglich zwischen 15 und 18 Uhr in den Vereinsräumen der S.O.S. Hundestaffel auf der Paulstr. 18 abgegeben werden. Für die Besorgung von weiteren Sachen werden dringend auch **Geldspenden** benötigt.

Lissy und Illy:

Kid's Site Shirin's Sorgen und Ängste



Es ist 9.05 Uhr. Seit 10 Minuten haben Lissy und Illy zusammen Unterricht bei Frau Blache. Sie hat eine riesige Brille – und genauso große Augen und Ohren, könnte man meinen, denn sie hört und sieht fast alles. Aber ihr Unterricht ist stinklangweilig, finden die beiden. Deshalb schreiben sie in ihren Stunden meist Zettel, die sie sich gegenseitig so zustecken, dass Frau Blache nichts merkt.

Lissy: Was meinst du, was sie hat?

Illy: Wer?

Lissy: Na Shirin.

Illy: Warum?

Lissy: Sie sieht heute so traurig aus.

Illy: Wir können sie ja nachher mal fragen, was sie hat.

Lissy: Ja, aber erst nachher in der 25-Minuten-Pause.

Illy: Okay.

In der Frühstückspause:

Lissy: Hallo Shirin.

Shirin: H...hal...lo

Lissy: Hör mal, Shirin, wir sehen schon länger, dass dich irgend etwas bedrückt. Möchtest du es uns nicht sagen?

Shirin schüttelt den Kopf.

Illy: Warum nicht?

Shirin: Darum. *Langes Schweigen.*

Shirin: Okay, ich, ich sag's euch doch. Vor ein paar Wochen war doch dieses Erdbeben in Bam. Meine Tanten, Onkels, Cousinen, Cousins und meine Oma leben dort. Alles zerstört. Ich hatte fünf Cousinen und drei Cousins, jetzt sind zwei Cousinen und ein Cousin tot. Auch eine Tante ist tot. Die Oma hat überlebt – obwohl sie unter dem Haus begraben gewesen war.

Illy: Arme Shirin.

Shirin fängt an zu weinen.

Illy: Hier, Shirin, ein Taschentuch.

Shirin: Danke.

Lissy: Und deine restliche Familie, hat sie überlebt?

Shirin: Nur schwer ... Nur schwer verletzt. Maman und Baba sind in den Iran gefahren, um sich um den Rest der Familie zu kümmern. Unsere ande-

re Oma ist ja hier und kümmert sich um uns.

Nach der Schule bei Illy:

Illy: Die arme Shirin.

Lissy:

Ja, find ich auch. Wir hätten eigentlich gleich drauf kommen können, warum sie so traurig ist, aber hier kriegt man ja fast nichts von dem Leid in anderen Ländern mit. Dafür sind wir viel zu viel mit uns selbst beschäftigt.

Illy:

Bedauern oder Kritik helfen nicht, wir sollten eine Sammelaktion starten.

Lissy:

Ja, super, Illy!! Das machen wir!

Illy:

Komm, lass uns gleich alles organisieren.

Ende

Jana

*Geht es euch auch so wie Lissy?
Oder ganz anders?
Was könnte Lissy anders
machen?
Schreibt uns eure Meinung!*

Eine-Welt-Laden

Seit elf Jahren besteht der Eine-Welt-Laden in Solingen. Er ist der methodistischen Kirche angeschlossen, Pfarrer ist Rainer Leo.

Ellen Sipmann ist ehrenamtliche Geschäftsführerin des Eine-Welt-Ladens der methodistischen Gemeinde. „Wer bei uns einkauft, leistet Entwicklungshilfe der besten Art.“ Es wird Ware aus fairem Handel (Transfair-Siegel) angeboten.

Hier findet ein Jugendtreff ab 8 Jahren (Billardspielen, Dart, Klönen und Feiern) statt.

u.a. bisherige Aktivitäten des Eine-Welt-Ladens mit Verkauf

- Teilnahme an der afrikanischen Nacht in der Cobra
- Teilnahme an dem afrikanischen Abend im Café Courage
- Teilnahme am Ausländertag Grenzenlos
- Präsentation in der Grundschule Aufderhöhe

Projekte, die der Eine-Welt-Laden unterstützt:

- Zukunftskonferenz / Gemeindeaufbau (Rabatte)
- Gesundheitsdienst Nigeria
- Kindersoldaten, Liberia
- Alleinerziehende Mütter im Nordosten Brasiliens
- Kinder und Aids in Afrika



Foto: Anette

- Casa Susanna Wesley, Brasilien
- Gemeindeaufbau im Split
- Alljährliche Teilnahme am Familientag für Behinderte und Nichtbehinderte in der Schule Vogelsang

Eine-Welt-Café

Dienstags und freitags wird ein Frühstück von 10-12 Uhr angeboten. Die Teilnehmerzahl schwankt zwischen 6 und 15 Personen. Preis 2,50 Euro.

Justiz gegen Gewissen, Moral und Menschenverstand - ein deutsches Trauerspiel mit Tradition

Vor einem Jahr wurden 130 Menschen in Wuppertal festgenommen und stundenlang in einer Polizeikaserne eingesperrt, weil sie gegen einen Naziaufmarsch demonstrierten. Viele haben inzwischen ihren Widerspruch gegen die Strafbefehle zurückgezogen und für ihr Engagement teuer bezahlt, andere warten noch auf ihren Prozess. Bisher folgten die Richter auch in diesen Fällen größtenteils dem Ansinnen der Staatsanwaltschaft, Gegner von Naziaufmärschen hart zu strafen und die unmenschlichen Straftaten der Rechten zu bagatellisieren. Stück für Stück wird so die Zivilcourage gegen rechts untergraben. Ein Vorgang, der scheinbar zu langsam für die schnelllebigen Medien abläuft - die verkrampte Suche nach Sensationen hat längst die Analyse verdrängt.

Neben den Skandalen um Hohmann und neuerdings um die Großvaterbekenntnisse von Friedrich Merz, sorgte vor allem ein Sprengstofffund bei der „Kameradschaft Süd“ in den letzten Monaten für Schlagzeilen. Zur Erinnerung: durch Zufall hatte die Polizei in München bei einschlägig bekannten Rechtsradikalen 14 kg Sprengstoff und jede Menge anderer Waffen gefunden. Offenbar plante die Gruppe einen Anschlag. Die Überführten wurden der „Kameradschaft-Süd“ zugeordnet und schon seit längerem von Polizei und Verfassungsschutz beobachtet. Doch die Ermittlerinnen waren nach dem Fund von Sprengstoff und Waffen überrascht. Scheinbar ist den deutschen Ordnungskräften die Neigung von Rechten zu militärischer Ausstattung und Gewalt jeglicher Art bisher entgangen.

Als Ziel hatte sich die „Kameradschaft“ zunächst das geplante jüdische Gemeindezentrum ausgesucht, wurde bald nach dem Fund gemeldet. Dort hatte sich zum Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November höchste Politprominenz angekündigt. Der geplante Anschlag könnte sich also gegen Bundespräsident Rau, Ministerpräsident Stoiber und den Vorsitzenden des Zentralrates Spiegel gleichzeitig gerichtet haben. Schon der vage Verdacht einer derartigen Tat hätte in den 70er Jahren wohl eine bundesweite Rasterfahndung, Verhaftungswelle und vor allem Sensationspresse bewirkt. Stattdessen setzten wieder die gewohnten Verharmlosungen rechter Umtriebe ein: So sprach Bayerns Innenminister Beckstein zunächst zwar von „Rechtsterrorismus“, was es laut Verfassungsschutzbericht nicht gibt (siehe Kasten), stellte gleichzeitig aber fest, dass der Anschlag nicht Menschen gelten sollte. Warum der Innenminister ohne weitere Untersuchungen abzuwarten von der relativen Harmlosigkeit des geplanten Anschlags überzeugt war, liegt möglicherweise an den Worten des Bundesinnenministers Schily. Dieser betonte nämlich umgehend „dass wir die Gefahr aus dem rechtsextremistischen Bereich äußerst ernst nehmen müssen“, warnte jedoch vor „subjektivem Bedrohungsgefühl“. Mit anderen Worten: Rechtsextreme sind zwar gefährlich, aber niemand soll sich bedroht fühlen! Wobei er für sich persönlich möglicherweise recht hat, denn in einem gepanzerten Dienstwagen des Innenministeriums lässt sich ein Bedrohungsgefühl schließlich leicht relativieren.

Doch anders als Minister sehen viele Menschen die Gefahr und fühlen die Bedrohung unmittelbar. Sie haben Angst angesichts zu Tode geprügelter Flüchtlinge, brennender Häuser, Treibjagden in Innenstädten, geschändeter Friedhöfe, der Leugnung von Naziverbrechen, der Verehrung von faschisti-

schem Gedankengut sowie dem grassierenden National-, Waffen- und Rassenwahn. Sie sehen sehr wohl die Zusammenhänge zwischen den vielen „nicht so gemeinten Äußerungen“ und langfristigen faschistischen Tendenzen in der Gesellschaft, denen weder durch Justiz noch durch Politik Einhalt geboten wird. Aufgebracht gehen sie auf die Straße, wenn der rechte Mob seine Dummheit und Perversion zu Markte trägt und versuchen als Zivilpersonen zu retten was zu retten ist.

Aber die Engagierten finden sich zu oft von Polizei umstellt und kriminalisiert, während rechte Rattenfänger voll Häme triumphieren. So ist es verständlich, dass sich in vielen Menschen die Angst vor einer Staatsmacht verstärkt, die auf dem rechten Auge blind ist.

Die Organisatoren der rechten

Szene agieren weiterhin nahezu ungestört und manch eine Organisation am rechten Rand konnte sich sogar über die tatkräftige Unterstützung durch verdeckte Ermittler des sogenannten Verfassungsschutzes freuen. Ihre Vernetzung ist erschreckend gut. Martin Wiese, einer der in München festgenommenen rechten Drahtzieher, hat zusammen übrigens mit dem umtriebigen Neonazi Christian Worch im letzten Jahr eine Veranstaltung gegen die Wehrmachtausstellung angemeldet. Auch bei einem Aufmarsch mit gleichem Anlass am 20. September in Dortmund war Worch wieder dabei. Es ist derselbe, der im Januar diesen Jahres durch Wuppertal marschierte und im Anschluss von der Staatsanwaltschaft als Zeuge gegen die festgenommenen DemonstrantInnen benannt wurde. Das bekannte Rechtsextreme mit Verbindungen zu bewaffneten und militanten Nazis als Zeugen für die Staatsanwaltschaft benannt werden, ist auch in Wuppertaler Justizkreisen offenbar Normalität... **sj**

Verfassungsschutzbericht 2002

„Es gibt keine rechtsterroristischen Gruppierungen und keine Bestrebungen zum Aufbau eines zielgerichteten „bewaffneten Kampfes“. Militante Rechtsextremisten lehnen Terrorismus ab, da dieser nur das System stärke und im Volk auf Unverständnis treffe. (...) Gleichwohl besteht weiterhin die Gefahr dass Einzelpersonen oder Kleinstgruppen auch schwere Anschläge mit der Absicht begehen, eine politische Fanalwirkung zu erzielen.“ (S.37)

**MESSE-
STÄNDE**

Planung
Gestaltung
Ausführung
Mietmöbel
Grafik

Systembau
Konventionell
Kombiniert

alfa

alfa Messebau
Augustinerstr. 18
42719 Solingen
Tel.: (02 12) 31 06 61
Fax: (02 12) 31 15 59

Eine andere Welt ist möglich...

Gedanken zum Weltwirtschaftsforum in Davos

Ich werfe einen Blick auf meinen Frühstückstisch: holländischer Käse, schweizerische Marmelade, irische Butter, französische Croissants, deutsche Brötchen und Ceylontee. Mit der Fernbedienung in meiner Hand zappe ich durch die Programme. Ich schaue mir die selektierten Fernsehbilder der ganzen Welt an: Irakkrieg, Bilder vom Israel-Palästinenserkrieg, angebliche Fachleute und Politiker, die alles analysieren. Am häufigsten erscheinen zwei Gesichter: Bush und Saddam, zum roten Planeten missioniert die Spirit, die geborenen Kinder der Königreiche - und Reformen. Während ich mir dies alles anschau, achte ich besonders auf die erotisch erscheinenden Lippen der Ansagerinnen. Das alles wird mir schließlich zuviel und mein Frühstück kommt mir wieder hoch.

So leicht es ist, die Dinge auf meinem Frühstückstisch zu kaufen, so viel schwieriger ist es einen Zugang zu den Menschen zu bekommen, die diese Waren hergestellt haben. Die Ware kennt keine Grenzen, die Menschen dagegen bauen ihre Mauern immer höher. Die Globalisierung von Waren ist kein neues Phänomen, die Art und Weise wie dies geschieht ist jedoch neu. Dass Menschen Grenzen ziehen ist auch nicht neu, neu ist jedoch die Angst davor, die „eigene“ Ökonomie und den Wohlstand mit Anderen teilen zu müssen.

Die weltweiten Demokraten, Despoten etc. agieren schon lange global, die durch ethnische Zugehörigkeit, Geschlecht und Klasse weltweit lebenden Unterdrückten können dagegen ihr Interesse nicht globalisieren.

Vor allem die Länder des Nahen Ostens müssen sich ständig in acht nehmen, sie sind nicht in der Lage, ihre eigenen Interessen zu artikulieren, da sie dann sofort beschuldigt werden, Massenvernichtungswaffen zu besitzen, oder sie werden verdächtigt, Terroristen zu verstecken. Bush tritt auf wie ein Weltherrscher, neben den USA regiert er noch viele weitere Länder. Die Gründe für zukünftige Kriege, werden – wie Samuel P. Huntington schrieb - in den „unterschiedlichen“ Werten liegen. Der Appell an die amerikanische Nation beginnt mit „Gott schütze Amerika!“ und endet mit „Gott schütze Amerika!“. Vor 1400 Jahren hat Mohammed das Gleiche appelliert: „Wer gegen Araber ist, ist auch gegen mich“, „Die beste Klasse von Menschen sind die Araber. Es gibt drei Gründe, warum man Araber liebt, ich bin ein Araber, weil der Koran auf arabisch geschrieben ist, weil die im Paradies Lebenden arabisch reden“. 1400 Jahre später sagt Bush: „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich“.

Von 6 Milliarden Menschen haben 2,8 Milliarden Menschen ein Tageseinkommen von unter 2 Dollar. Das Budget von 358 Milliarden entspricht dem Budget von 2,5 Milliarden Menschen. In Schwarzafrika sind fast die

Hälfte der Bevölkerung mit HIV infiziert. Dort gibt es kein Land, welches nicht in ethnische oder in Grenzkonflikte verwickelt ist.

Südamerika ist ein Kontinent ohne Hoffnung geworden. Asien - ein Mosaik von unterschiedlichsten ethnischen und religiösen Gruppen – ist optimaler Ort zum Schüren von kriegerischen Konflikten.

Wer in Davos den Mund aufmacht, spuckt Blut!

Dass Menschen verdrecktes Wasser trinken und daran sterben, ist nicht Bin Ladens Schuld. Dass die Welt durch den industriellen Abfall in Müll verwandelt wird, ist nicht Saddams Schuld. Die Erwärmung des Planeten ist nicht die Schuld von Gadhafi.

Dass in den letzten 100 Jahren 200 Millionen Menschen durch Kriege starben, sind nicht die iranischen Mullahs schuld. Das Sterben von Millionen Kindern weltweit ist nicht die Schuld von Nordkorea. Nein! Die Schuldigen sind die Herren in Davos – mit ihren schicken Frauen und lächelnden Kindern. Gegen Davos müssen wir 1000 Bombays schaffen. Unser Planet kann noch unendliche Generationen von Leben beherbergen!

Eine andere Welt ist möglich!

MEHMET YILDIZ



**13 Euro für ein Jahr
tacheles frei Haus -
oder das Förder - Abo
für 20 Euro, also
praktisch geschenkt!**

SEB
BLZ 330 101 11
Konto 297 349 6300
Kontoinhaberin ist Pauline Ehl
Stichwort **tacheles-Abo**

Wir haben es nötig!

AKTIVisten - Wahlbündnis

(FK) Das überparteiliche Personenwahlbündnis "Solingen AKTIV" hat sich am 13. Dezember mit 22 Mitgliedern gegründet. Der Name „AKTIV“ steht für alternativ, kommunal, tatkräftig, international und vorwärts.

Auf der Gründungsversammlung wurde beschlossen, zur Kommunalwahl im September zu kandidieren. Geeinigt hat man sich bereits auf sieben inhaltliche Grundsätze und eine fünf Seiten lange Satzung. Der Monatsbeitrag soll einen Euro betragen. Für Arbeitslose, Schüler und Rentner nur die Hälfte. Die auf einer DIN-A4-Seite zusammengefassten Grundsätze sind recht allgemein gehalten und umfassen Postulate wie „Sprachrohr für die Alltagsprobleme der einfachen Menschen“, „überparteilich“, „gleichberechtigt“ und „solidarisch“ zu sein und auf „antifaschistischer Grundlage“ für die „kulturelle Vielfalt“ einzutreten. Selbstbewusst behaupten die AKTIVisten von sich selbst: „Wer weiß besser, was zu tun ist als wir selbst?“ Über konkrete kommunalpolitische Forderungen und Programme hat man sich allerdings noch nicht unterhalten oder geeinigt. Wobei das bitter nötig wäre, wenn frisch gewählte Vorstandsmitglieder freimütig bekennen, dass sie mit dem

Begriff "Westtangente" nichts anfangen können. Sie wollen auch nicht entscheiden, welches Freibad geschlossen werden soll und haben über eine eigene Oberbürgermeister-Kandidatur noch nicht nachgedacht. Aber das "ewige Parteiengzänk, vorbei an den wirklichen Problemen hilft uns nicht weiter", kritisieren sie in einem ersten Flugblatt.

Nachdem die kommunalen Medien anfangs überaus positiv über die Gründungsaktivitäten berichtet hatten kam es zu „Irritationen“ über die Rolle der Marxistisch Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) in diesem Wahlbündnis. Die MLPD ist eine "im ewigen Parteiengzänk äußerst versierte und erfahrene Kraft. Dies haben schon einige kommunale Bündnisse in Solingen und anderswo negativ zur Kenntnis nehmen müssen. Das diese Spekulationen einen realen Hintergrund haben, belegt das dominierende Engagement von Mitgliedern und Umfeld der Solinger MLPD für diese Initiative. Für konkrete Kommunalpolitik hatte sich die örtliche MLPD bisher auch wenig interessiert. Seit jedoch Stefan Engel, der Vorsitzende der MLPD, in Vorbereitung des VI. Parteitag

der an den Lehren von Mao und Stalin orientierten Partei - in einer Grundsatzrede zum „proletarischen Parlamentarismus der MLPD“ aufgerufen, dass die „kämpferische Opposition sich schrittweise das Feld der Kommunalpolitik“ erobern sollte, hat sich das offensichtlich geändert.

Laut dem Zentralorgan der MLPD „Rote Fahne“ komme es diesbezüglich darauf an, dass sich dabei „zahlreiche neue Politikerinnen und Politiker herausbilden, ausgebildet werden, sich in Aktionseinheiten und Personenwahlbündnissen zusammenschließen“. Die MLPD führe „diese Kämpfe als Schule des Klassenkampfes“ für den „wahren Sozialismus“.

Ob und wie sich das Bündnis entwickeln wird, ist noch offen. Der unerwartet hohe Zuspruch für eine Alternative zur derzeitigen Politik der etablierten Ratsparteien ist jedenfalls unübersehbar. Umso positiver ist es, dass sich immer mehr Solinger/-innen jenseits der etablierten Parteien engagieren wollen. Schade wäre es nur, wenn solche Menschen dann wiederum feststellen müssten, dass sie für ganz andere Interessen instrumentalisiert wurden. Wer das verhindern will sollte sich rechtzeitig über Rolle und Politik der MLPD informieren und überprüfen, ob sich wirklich alle – wie es in den Grundsätzen heißt: „Keiner parteipolitischen Richtung verpflichtet“ fühlen. Bei einer Kaderorganisation wie der MLPD wäre das eine völlig neue und überraschende Haltung.

CDU Programm: "Sauberkeit und Sicherheit – die Basis der Freiheit"

Das neue Programm "Bewahren und Erneuern" soll für die CDU-Solingen "die Leitschnur unserer Arbeit bis zur Kommunalwahl 2004 und darüber hinaus für die nächste Wahlperiode sein". Der Unterpunkt 2. des IV. Kapitels trägt die Überschrift: "Sauberkeit und Sicherheit – die Basis der Freiheit". Und hier heißt es: "Auf der Basis von Bürgerhinweisen und dem vorhandenen Datenmaterial von Polizei und Ordnungsverwaltung werden wir eine Bedrohungsanalyse mit sog. Angsträumen entwerfen, auf deren Basis wir Solingen noch sicherer machen werden. Auch eine Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen kann ein Instrument sein, um die Sicherheit für die Solinger Bürgerschaft weiter zu erhöhen." Die Sprache ist verräterisch, denn der Kern dieser Aussage lautet: Die CDU wird eine Bedrohungsanalyse mit Angsträumen entwerfen.

Ziel ist eine drogenfreie Gesellschaft

Nimmt man die anschließende Formulierung zur Drogenpolitik hinzu, wo das Ziel einer drogenfreien Gesellschaft postuliert wird, wird die ganze Plumpheit des hier betriebenen Populismus deutlich. Abgesehen davon, dass die CDU den Begriff "Drogenpolitik" und nicht Anti-Drogenpolitik benutzt, hat sie sich diese Forderung nach einer drogenfreien Gesellschaft von Hayders FPÖ oder der schweizerischen Freiheits-/Autopartei abgeguckt, die gemeinsam mit der Psychosekte VPM die Volksinitiative "Jugend ohne Drogen" initiierte. Keine andere in die Fachdiskussion um das Thema Drogen eingebundene ernsthafte politische Kraft würde eine solche These heute noch vertreten. In der gesamten Menschheitsgeschichte hat es Drogen gegeben und das wird sich auch nicht ändern. Worauf es ankommt – sagen die Fachleute zu diesem Thema - ist der verantwortungsbewusste Umgang mit legalen und illegalen Drogen.



LeserInnenbriefe

Solingen (beyaz Pausanlar)

Pfingstsonntag - beinahe schon Sommer. Viele Leute werden heute einen Spaziergang machen.

Die Mädchen angetan mit teetassendünen Röcken und duftigen Blusen, die in die Jahre gekommenen Männer mit ihren grauen Schläfen und den weißen Bügelfalten - und ich - verkrochen in meinen alten Parka und frierend vor Grauen werde auch ich spazierendgehen.

Die Straße ist kurz und abschüssig.

Ein Geruch von nassem, kalten Rauch und ein lähmendes Schweigen drängen sich mir entgegen und obwohl ich die Brandruine noch nicht sehe, weiß ich, dass ich hier richtig bin.

Ich kann es tatsächlich fühlen, lähmendes schweres Grausen hängt wie eine Kuppel über mir und zieht mich in sein Zentrum.

In dichten Trauben stehen die vor mir Angekommenen auf dem Platz vor dem Haus. Trotzdem kann ich ungehindert bis zum Absperrband vor dem Eingang gehen. Wie ein klaffender Schlund sieht er aus und er stinkt nach Tod.

Fassungslos wende ich mich zur Seite - weg von der angesengten Kinderkarre im verwüsteten Hausflur. -

Nach einigen Schritten stehe ich vor der Schmalseite des Hauses. Ich schaue zitternd hoch, zu den ausgebrannten Fensterhöhlen im oberen Stockwerk.

So hoch - viel zu tief um herunterzuspringen - und doch hat sie es getan. Mit ihrem Kind im Arm ist sie aus diesem Fenster gesprungen.

Sie sprang mit dem Rücken voran, ihr war also klar, dass es ans Sterben ging.

Das Kind lebt noch, sie nicht.

Mir ist übel - gehe ich auf die Knie, weil meine Beine mich nicht mehr tragen, oder ist es, weil mich die Last der braunen Decke von der ich dachte, dass wir alle sie längst abgeworfen und zerstampft hätten, mich zu Boden drückt und mir die Luft nimmt?

Viele der gleich mir stumm gewordenen Menschenwesen knien nun, andere stehn mit



gesenktem Blick, barhäuptig und mit gefalteten Händen, der weitaus größte Teil der Traurigen aber liegt mit der Stirn auf der Erde, als nun ein alter Mann mit weißen Haaren und langem Bart für die betet, die hier ermordet wurden.

Er spricht arabisch. Wir beten trotzdem alle mit. Viele von UNS weinen. Wir wollen, dass alle mit uns weinen. Wir wollen, dass alle unsere Tränen sehen.

Wir formieren uns und gehen durch diese Stadt. Immer wieder sehe ich hinauf zu den balkongesäumten Wohnungen über den Geschäften in den Straßen. Wie Karnickelställe wirken diese dicht an dicht gedrängten Behausungen auf mich. Neugierigen Hasen gleich drängen Menschen und Ungeheuer auf diesen Balkonen, manche starren uns teilnahmslos, reglos an, viele schließen sich uns spontan an, auf einem der Balkone eine Gruppe lachender Jungs und einer hebt den gestreckten rechten Arm.

Es schüttelt mich - wie viele Menschenwesen leben wohl in diesen Hasenställen und wie viele braune Monster hausen noch unerkannt dazwischen?

Wie viele kleine Hasen leben ahnungslos neben den weißen Bügelfalten und teetassendünen Röcken?

Ahnungslos - obwohl sie wissen, dass fünf von ihrer Art heute Nacht bei lebendigem Leib geröstet wurden.

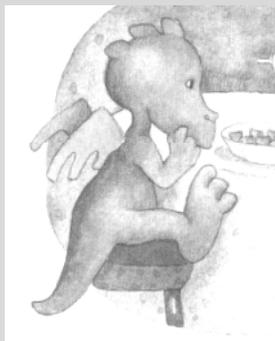
Nur-Gitte

Bürgerfunk

Sendungen im Februar 2004. Soweit nichts anderes angegeben ist, beginnen sie jeweils um 19.04 Uhr auf den Wellen von Radio RSG (94,3 MHz Antenne / 99.95 MHz Kabel).

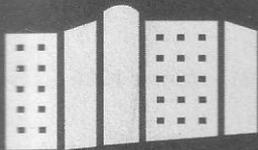
Bürgerfunk aus Remscheid und Solingen im Internet: www.buergerfunk.bland.de. Hier gibt es Informationen über die Studios, Macher und Macherinnen, das Zwei-Säulen-Modell, Sendungen in RealAudio und vieles mehr. Änderungen des Programms sind aus technischen und sonstigen Gründen möglich.

1.2	18:00	Bit für Bit	Studio Berg. Land
1.2	19:00	Full House	VHS-SG
2.2	19:00	Nightstorm	GFL
3.2	19:00	Radiostammtisch	VHS-SG
4.2	19:00	No. 1	GFL
5.2	19:00	frei	Kraftstation
6.2	20:00	Welle Courage	VHS-SG
7.2	18:00	Magazin	Kraftstation
7.2	19:00	Rückblende	Studiowelle
8.2	18:00	Bass Line	VHS-RS
8.2	19:00	Metal Inquisition	Studio Berg. Land
9.2	19:00	Schulzeit	Studiowelle
10.2	19:00	Country Factory	VHS-SG
11.2	19:00	Money Money	GFL
12.2	19:00	Radio DMW	Kraftstation
13.2	20:00	Senioren-Stimme	KBW
14.2	18:00	Playball	Studiowelle
14.2	19:00	Talklang	GFL
15.2	18:00	Medientipp	Studio Berg. Land
15.2	19:00	Bücher, Leser, ...	VHS-SG
16.2	19:00	Stechuhr	GFL
17.2	19:00	Trendy	Studiowelle
18.2	19:00	Radio Vertikal	Kraftstation
19.2	19:00	frei	Kraftstation
20.2	20:00	Urlabsreif	GFL
21.2	18:00	Die Straße	GFL
21.2	19:00	Unter Strom	Studiowelle
22.2	18:00	Metal Inquisition	Studio Berg. Land
22.2	19:00	Snap	Studiowelle
23.2	19:00	Grüne Welle	Kreisjägerschaft
24.2	19:00	Kreuzblende	KBW
25.2	19:00	frei	KBW
26.2	19:00	Subotnix	Remywood
27.2	20:00	Radio JAM	VHS-RS
28.2	18:00	Film ab	GFL
28.2	19:00	Hangkgeschmedden	VHS-SG
29.2	18:00		KBW
29.2	19:00	Haug / Jam	VHS-RS



Hier könnte ihre Anzeige stehen!

Infos unter tachelessg@wtal.de



GETAWAY! PROGRAMM FEBRUAR

JEDER FREITAG	Einlass: 18.00 Uhr Eink: 4,50 €	DJ Liferce & Kool DJ GQ (Curse) LET'S GET DIRTY HipHop · R'n'B · Dancehall ab 23 Uhr 20-23 Uhr Charts & Partyclassics
SAKSTAG 07.02.	Einlass: 21.00 Uhr Mf: 4,50 €	SWEET DREAMS die 80er und NDW Party ab 22.30 nach GET GOD
SAKSTAG 14.+28.02.	Einlass: 21.00 Uhr Mf: 4,50 €	MIDLIFE CRISIS Die Party für alle um die 30
DIENSTAG 17.02.	Einlass: 18.00 Uhr Mf: 3,- €	AFTER WORK-PARTY präsentiert von Radio RSG
SAKSTAG 21.02.	Einlass: 21.00 Uhr Eink: 8 €	HERZ BEIßT HAIFISCH Die Coolibri Single Party
SONNTAG 22.02.	Einlass: 20.00 Uhr	Karnevalssonntag DIE ÄRZTE-PARTY
KONZERTE		
SAKSTAG 07.02.	Einlass: 19.00 Uhr Vvk: 7,- € Ak: 8,- €	GET GOD mit SEEKERPLANET T & PHLOXX danach ab 22.30 SWEET DREAMS unsere über Party
SONNTAG 08.02.	Einlass: 19.30 Uhr Vvk 8,- € Ak 10,- €	LAX ALEX CONTRAX Freistil Tour 04 - Release Party
MONTAG 09.02.	Einlass: 18.00 Uhr Vvk 22,- € Ak 28,- €	DICK BRAVE MAREK LIEBERBERG PRESENTS ausverkaufen & die buckstests
SONNTAG 15.02.	Einlass: 15.30 Uhr Ak 3,- €	10. SCHÜLERROCK-FESTIVAL
DIENSTAG 06.04.	Einlass: 19.30 Uhr Vvk 25,- € Ak 28,- €	MACEO PARKER einziges Konzert in NRW
DO	Die wilde 13 Das Beste aus 13 Jahren Getaway 20.00 Uhr / € 3,00	
FR	Partyclassics/Halle 20.00 - 23.00 LET'S GET DIRTY CLUB/Halle ab 23.00	
SA	Jede Woche eine andere Party (siehe unter www.getaway-online.de)	

Musik und Tanz

6. Feb [Kulturausbesserungswerk L'kusen] 20h, SOLI-PARTY für das KAW: Im neueröffneten Café Keller am Marktplatz Opladen. Die DJ's L.A. und Alex from Galax präsentieren Electro, Alternative, 80's und mehr...
7. Feb [Börse W'tal] Beginn: 20.00 Uhr AK: 8,- € VVK: 6,- € in der Ticketzentrale Wuppertal „Funky Town“ die Ü30 Party das Original
7. Feb [LCB/HDJ Barmen] 20h BRÖTZMANN - BENNINK 8 € (AK erm.*/ 10 € (VVK) / 12 € (AK)
7. Feb [LCB/HDJ Barmen] 22h SALSA DISCO DJ Carlos 5 € (Geburtstagskinder haben freien Eintritt)
7. Feb [AJZ W'kirchen] HC/Punk Konzert: Divit (US), from us (Erfurt), Sunset panic (RS), Eintritt 6€
10. Feb [Underground Köln] RICH HOPKINS/AMNESIA
12. Feb [Underground Köln] MAXEEN / VANILLA SKY
13. Feb [Börse W'tal] Beginn: 20 h AK: 20 €, VVK 17 € Fred Kellner und die famousen Soulsisters Feat. Anke Engelke Support Iris Panknin und doctor beat
13. Feb [AJZ W'kirchen] Blutjung, anschl. Freibierparty
14. Feb [LCB/HDJ Barmen] 20 Uhr / 19:30 Uhr (Einlass) MATZE KNOP und RICHIE Der Mann mit den zwei Gesichtern 12 € (VVK) / 15 € (AK)
14. Feb [AZ Wuppertal] 21h, Greaserpunk-Abend: Lorena & the Bobbits (Berlin), the Scamps (Düsseldorf/Wuppertal) 5€
17. Feb [LCB/HDJ Barmen] 20h ACCORDION TRIBE 13 € (VVK) / 15 € (AK) 8 € (AK erm.*)
20. Feb [Börse W'tal] 22.30h, 4€ Gays + Lesbians United Gleich und gleich gesell sich gern!
20. Feb [AJZ W'kirchen] Hip Hop Jam mit Bounce 2 this movement
21. Feb [Börse W'tal] 21.00 Uhr erm: 3,- € AK: 5,- € frauenschwoof
22. Feb [LCB/HDJ Barmen] 16 Uhr TANGO IM FOYERCAFÉ Der Tanztreff für Tango Argentino, von 15-16 Uhr Gratis-Schnuppertanzkurs
22. Feb [Underground Köln] MARR / FINN
23. Feb [Börse W'tal] 17.00 Uhr AK: 12,00- €, VVK 9,00 € SKAneval Mit: Rude and Visser (Niederlande), Favelachick (Dänemark), The Incredible Derrick, Kescher
25. Feb [Börse W'tal] 19.30 Uhr AK: 8,00 € Scratch von Lutz Hübner Wuppertaler Bühnen in der börse
26. Feb [LCB/HDJ Barmen] 21 Uhr / 20 Uhr (Einlass) 17 HIPPIES 12 € (VVK) / 15 € (AK) 8 € (AK erm.*)
27. Feb [AJZ W'kirchen] Bergisch - Reggae - Bashment with G-Force sound
27. Feb [Underground Köln] GOOD CLEAN FUN / + Guests (im Underground 1)
27. Feb [Underground Köln] THE ILLEGAL MOVERS / THE RIOTS (im Underground 2)
28. Feb [LCB/HDJ Barmen] 21h KROKUS / KICKDOWN 19 €
28. Feb [AJZ W'kirchen] Rock Konzert mit Felix Culpa
28. Feb [Underground Köln] CLEM SNIDE / ANDREW BIRD
13. Mrz [Kult] pain management

Termine

- 9./11. Feb [KAW L'kusen] 20h, LEVERKUSENS KLEINSTE SITZUNG: Kabarett meets Karneval - Mit Wolfgang Müller-Schlesinger, Michael Meierjohann, Bertolt Kastner, Jörg Fabrizius, Chor Freitag, Notausstieg, Eisheiligen, Hüpfatten u.a. - Mehr Informationen, 10€
18. Feb [Börse W'tal] Beginn: 20.00 Uhr AK: 2,50- €, Erm. FREI Globalisierung und Krieg „Ist die militärische Globalisierung die Ohnmacht einer Supermacht?“
23. Feb [KAW] PARTY NACH DEM ZOOCH: Nach dem Rosenmontagszug in Opladen steigt bei uns die Party! Karnevalsmusik nur wenn wir dazu gezwungen werden...
28. Feb [Bio-Station Vogelsang] Obstbaumschnittkurs, Anmeldung unter Tel. 2544228, 5€
13. Mrz Bundesweite Demonstration gegen die NPD-Landeszentrale NRW in Bochum. 12 Uhr Bochumer Hbf
13. Mrz Biotoppflege und Fledertierschutz in der Tongrube Katternberg, Näheres unter Tel. 2542727

Gruppeninfos

- AG Weiße Rose:** Treff jeden Di 18h im Pavillon der Geschwister-Scholl-Schule, Querstr. 42
- amnesty international:** Treff jeden ersten Mi 20h, Kontakt: ☎ 4 15 78
- Antifa Bergisches Rheinland:** c/o Infoladen, Postfach 10 09 31, 42609 Solingen.
- Bürgeraktion Contra Westtangente:** Treff jeden 1. Di. 19.30h im Gemeindezentrum Lutherkirche, Kontakt ☎ 17845
- Café Courage:** Klemens-Horn-Str. 3, Mo-Fr 11-18h (Frauen), Sa 11-15h (Familien), ☎ 27 36 35, Fax: 1 71 98
- Café International:** Treff jd. 1. Freitag im Monat, 19h, Wupperstr. 120
- Cow Club:** Treff jeden Montag 20h in der COBRA, ☎ 659 86 89
- DFG-VK Niederberg / Berg. Land:** Beratung für Kriegsdienstverweigerer, Kontakt Hagü Weber ☎ 74809
- Förderverein Freibad Aufderhöhe:** Kontakt: Birgit Evertz, Gertrudisstr. 33, ☎ 5 36 42
- Frauengruppe International im Frauenverband Courage:** Treff 14tg. im Café Courage ☎ 27 36 35
- Frauenhaus:** ☎ 5 45 00
- Frauen helfen Frauen:** Albrechtstr. 12, ☎ 5 54 70
- Graue Panther:** Eiland 17, 42651 Solingen
- Informationsbüro Nicaragua:** Postfach: 10 13 20 42013 Wuppertal
- Lesbentelefon:** Mo. 20-22h, ☎ 0202 / 44 08 08
- Öffentlichkeit gegen Gewalt:** Kontakt: Ursel Ullmann, ☎ 8 05 23
- RBN, Bergischer Naturschutzverein:** Kontakt: F. Willig, ☎ & Fax: 32 96 42, www.solingen-natur.de/rbn
- Schwuler Stammtisch:** Jd. Fr. 20h im Cobra, Merscheider Str. 77-79
- Solinger Appell/Forum gegen Krieg und Rassismus:** Treff, Do. 26.2., 20h, im Café Courage, dann 14tg.
- Sol. Arbeitslosenzentrum SALZ Forststr. 38, 42697 SG, ☎ 7 10 41**
- Solinger Koordinationstreff gegen Arbeitslosigkeit:** Infotel.: 710 - 41/42
- SOS-Rassismus:** ☎ 20 10 00, Fax: 20 51 37

- Stiftung W.:** Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal, www.stiftung-w.de, mail@stiftung-w.de
- tacheles:** c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 SG, Fax 1 71 98, tachelesSG@wtal.de; www.tacheles-solingen.de
- Tauschring:** Treff jeden zweiten Mo. im Monat (außer Sommerferien und Dez.), 19.30h, Eine-Welt-Laden Methodist. Kirche, Friedrichstr. 39 Kontakt: SALZ, ☎ 710 - 41/42
- Türkischer Volksverein:** ☎ 20 48 45, Van-Meenen-Str. 1, Mo-Fr ab 15 h. Sa u. So ab 12 h Café, Mi: Saz-Kurs 17.30 h, Fr 18.30h Kinderfolklore
- VVN-Bund der Antifaschisten:** Kontakt: ☎ 224 44 44
- AG ZukunftsWelten:** Kontakt: Familie Thom, Mohrenkamp 20, 42653 Solingen, Tel. 59 07 96

Nicht gucken -
mitmachen bei
der tacheles

Kottendorferstr. 21
Solingen Ohligs
Info: 0212 71545
www.getaway-online.de